Nr. 10 / Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 13. Januar 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude zwei Treppen. Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis 10 Pfg. im Anzeigen- und 50 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Erfurt

Luther an der Arbeit.

Verschleierter Rechtsblock?

Die Haltung der Demokraten und des Zentrums. Schärfste sozialdemokratische Opposition.

Die Verhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Luther zur Bildung einer Regierung führten bis Montagabend 8½ Uhr noch zu keinem Ergebnis. Luther dürfte jedoch seine Verhandlungen fortsetzen. Er plant, von den bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Demokraten, aber mit Einschluß der Deutschnationalen je einen Parlamentarier in sein Kabinett aufzunehmen. Die übrigen Ministerien sollen mit Fachleuten besetzt werden. Es verlautet, daß als solcher auch Dr. Scholz für das Reichswirtschaftsministerium in Betracht kommt.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hat sich in ihrer Sitzung am Montagnachmittag damit einverstanden erklärt, daß das Fraktionsmitglied Dr. Brauns, der bisherige Reichsarbeitsminister, in einem überparteilichen Kabinett Luther seinen bisherigen Posten behält. Voraussetzung ist jedoch die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts, insbesondere auch der Umstand, daß auch der Minister Geßler in dieses Kabinett eintritt.

Die Demokratische Fraktion lehnt die Beteiligung an einem verschleierten Bürgerblock ab und erklärt gleichzeitig, daß sie sich durch die Beteiligung des Reichswehrministers Dr. Geßler an einem derartigen Kabinett keineswegs gebunden fühlt.

Die Block-Helden.

Berlin, 13. Januar. (Radiomeldung.)

Je mehr sich der Reichsfinanzminister Luther seinem Ziele, ein Kabinett aus je einem Vertreter der Fraktionen, natürlich unter Ausschluß der Sozialdemokratie, zu bilden und die restlichen Ministerien ganz mit Fachleuten zu besetzen, nähert, desto mehr vollzieht sich vor den Augen der Oeffentlichkeit der werdende Bürgerblock. Neuerdings verlautet sogar, daß der deutschnationale Abgeordnete und frühere Reichstagspräsident Wallraf für das Innenministerium ausersehen ist. Es handelt sich um den gleichen Mann, der in Köln von der „schwarzrotgelben Fahne" sprach und der jetzt den Schutz der Verfassung übernehmen soll. Als weiterer Vertrauensmann der Deutschnationalen kommt der frühere Staatssekretär Lewald in Frage, der von dem Genossen Dr. Köster als Reichsminister des Innern wegen seiner Einstellung aus dem Amte entfernt wurde. Ihm zur Seite soll der frühere Reichsschatzsekretär Graf Rödern gestellt werden, auch ein Mann der schwarzweißroten Couleur. Als Reichswirtschaftsminister ist an den schwarzweißroten Geheimrat Bücher, früherer Reichsverband der Industrie, gedacht. Emminger soll schließlich die Bayerische Volkspartei in der Regierung vertreten und Kanitz ist neben Stresemann und Brauns als Ernährungsminister gedacht. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Regierung Luther nichts anderes ist als ein verschleierter Bürgerblock, dessen Mitglieder nicht einmal soviel Ehrlichkeit aufbringen, ihr Kind bei dem richtigen Namen zu nennen. Tatsache ist, daß es wohl kaum eine Fraktion gibt, der es bei diesem Bürgerblock-Geschäft wohl ist, und namentlich das Zentrum ist von der Entwickelung der Krise nicht angenehm berührt. Das ergibt sich auch aus den Aeußerungen der Morgenpresse. Die „Germania", die sich z. B. sonst sehr tapfer gehalten hat, hat plötzlich die Sprache verloren und begnügt sich mit einem sachlichen Berichte zu den Dingen, die da kommen sollen. Die „Zeit" sagt zu den Dingen jedenfalls nichts und auch die Rechtspresse zeigt sich im allgemeinen so. Nur die „Kreuzzeitung" spricht von „allerschwersten Bedenken" ihrer Führer gegen die beabsichtigte Lösung, und für die „Deutsche Zeitung" bedeutet der Plan Dr. Luthers eine „Verschleierung (!) der Marx-Absichten", das heißt „Beteiligung und Mitverantwortung der Deutschnationalen bei völliger Einflußlosigkeit". In Anbetracht dessen hat das, wie die „Voss. Ztg." in folgenden Worten zum Ausdruck bringt, eine gewisse Berechtigung: „Es hat den Anschein, als ob die Deutschnationalen doch Schwierigkeiten prinzipieller Natur machen. Bekanntlich haben sie ursprünglich vier Sitze im Kabinett beansprucht und außerdem die Forderung nach Homogenität zwischen der Regierung im Reiche und derjenigen in Preußen gestellt. Anscheinend können sich die Deutschnationalen nicht damit abfinden, daß sie lediglich durch eines ihrer parlamentarischen Mitglieder in der Reichsregierung vertreten sein sollen, und anscheinend spielt die preußische Frage bei ihnen doch eine ausschlaggebende Rolle."

Wer ist Linkspartei?

Georg Bernhard schreibt zum Schluß des angeführten Artikels:

„Gegenüber den Versuchen der Rechtsparteien, durch das Hinausögern der Krise, die Linke zu zermürben und zu verunreinigen, müssen die Linksparteien endlich sich zu einer politischen Einheitsfront zusammenfinden. Aber das ist nur möglich, wenn von der Rechten nicht weiter mit dem Argument gearbeitet werden kann, daß die Linksfront dazu dienen solle, unlautere Machenschaften zu begünstigen. Die Linke darf niemals vergessen, daß die Schlagworte, die jetzt wieder geprägt werden, und die Taktik, die von der Rechten eingeschlagen wird, allzu ähnlich dem Verhalten der Rechten ist, das vor dem Kapp-Putsch bemerkt wurde. Und es drängt sich hier immer stärker der Verdacht auf, daß bei einer weiteren Hinausögerung der Regierungskrise oder beim Mißlingen der Versuche der Rechten, auf parlamentarischem Wege die Macht an sich zu reißen, der außenparlamentarische Weg versucht wird, unter dem Vorwand, daß Deutschland doch schließlich eine Regierung haben, und daß die politische Korruption bekämpft werden müsse. Es riecht bereits außerordentlich brenzlig in Deutschland. Die Abgeordneten der Linksparteien sollten einmal ihre Nasen etwas aus den Fraktionszimmern hinausstecken.

Nach diesen Ausführungen scheint es fast so, als ob Bernhard das Zentrum mit zu den Linksparteien rechnet. Die genannte Partei hat sich jedoch auch in ihren radikalsten Organen bis auf den heutigen Tag als Mittelpartei betrachtet. So schrieb die „Kölnische Volkszeitung" erst gestern: „Oberstes Gesetz für die Stellungnahme der Partei bleibt auch in Preußen die Beibehaltung des Kurses der Mitte. In dieser Haltung des Zentrums liegt auch das Schwergewicht der mangelnden Entschlußkraft begründet. Und wenn Bernhard fordert, daß die „Linksparteien" ihre Nasen aus den Fraktionsstuben hinausstecken sollen, dann gilt diese Forderung in erster Linie für die Partei, die es ablehnt, Linkspartei zu sein, die es abgelehnt hat, unter Führung der Sozialdemokratie eine Regierung auf der Weimarer Grundlage zu bilden. Das festzustellen schien uns nötig, damit die Sozialdemokratie durch die Ausführungen Bernhards nicht in den Verdacht kommt, lediglich Fraktionspolitik zu treiben.

Im übrigen sind wir natürlich mit seinen Darlegungen, die eine stärkere Anspannung der republikanischen Kräfte fordern, wie hinreichend bekannt, einverstanden.

Das Vertrauensvotum.

Berlin, 13. Januar. (Radiomeldung.)

Das offizielle Organ der Deutschnationalen, die „Nationalpost", erklärt in seiner heutigen Ausgabe, daß die deutschnationale Fraktion gemäß Artikel 54 der Reichsverfassung für die kommende Reichsregierung ein Vertrauensvotum beantragen wird. Es wird hinzugefügt, daß in der gegenwärtigen Lage unbestimmte Erklärungen gegenüber der Regierung nicht genügen. Hier handelt es sich in der Hauptsache um eine neue Taktik gegen das Zentrum, daß einem positiven Vertrauensvotum für die Regierung Luther sicherlich abgeneigt ist. Man will es deshalb zwingen, durch eine Vertrauenskundgebung Farbe zu bekennen. Mit dieser Bekundung, von der man eine positive Form erwartet, will man gegen die jetzige preußische Koalition vorstoßen und sie unter dem Vorwand eines Bürgerblocks im Reiche mit Unterstützung des Zentrums zu zerstören.

Unsicherheit bei den Deutschnationalen

Der deutschnationale Fraktionsvorstand, der am Montagabend erneut zu einer Besprechung über die Regierungsbildung und insbesondere über die von Dr. Luther beabsichtigte Zusammensetzung der Regierung zusammengetreten war, faßte keinen endgültigen Beschluß. Die Entscheidung soll vielmehr der auf Dienstag 12 Uhr zusammenberufenen Fraktionssitzung vorbehalten bleiben.

Preuß über Artikel 45.

Rechtfertigung Brauns.

Der bekannte demokratische Abgeordnete und Vater der Reichsverfassung Hugo Preuß, befaßt sich in der neuesten Nummer der Deutschen Juristenzeitung mit dem Streit um den Artikel 45 der preußischen Verfassung. Er sagt u. a.: „Da im Artikel 45 eine Fristbestimmung fehlt, gilt für die preußische Verfassung die allgemeine Regel des parlamentarischen Systems, wonach eine Regierung nicht auf eine im voraus bestimmte Zeit eingesetzt wird, sondern so lange im Amte bleibt, bis sie entweder freiwillig zurücktritt oder durch eine parlamentarische Niederlage zum Rücktritt genötigt wird, wofür Artikel 57 der Verfassung die näheren Bestimmungen enthält."

Furchtbare Eisenbahnkatastrophe.

Bisher 21 Tote geborgen, 30 bis 35 Verletzte.

Herne (Westfalen), 13. Januar. (Sonderdepesche.)

Heute morgen 7 Uhr 25 Minuten ist der D-Zug 10 Berlin—Köln auf einen im hiesigen Bahnhof stehenden Personenzug aufgefahren, wodurch die letzten drei Wagen des Personenzuges völlig zertrümmert wurden. Bisher konnten 21 Tote geborgen werden. Nähere Einzelheiten waren bisher nicht zu erhalten.

Essen, 13. Januar. (Radiomeldung.)

Die Reichsbahndirektion Essen teilt folgendes mit: Heute morgen um 7 Uhr 20 Minuten fuhr der Zug D 10 auf den im Bahnhofe Herne stehenden vollbesetzten Personenzug 220 auf. Es herrschten dichter Nebel und Dunkelheit. Bisher sind 21 Tote und 30 bis 35 leicht- oder Schwerverletzte festgestellt worden. Die Rettungsarbeiten haben sofort begonnen. Der Unfall ist, soweit bis zur Stunde ermittelt werden konnte, vermutlich dadurch entstanden, daß der D-Zug das auf Halt stehende Einfahrtssignal infolge des dichten Nebels überfahren hat. Der Präsident der Amtsvorstand und die für den Betrieb verantwortlichen Dezernenten der Reichsbahndirektion Essen sind an Ort und Stelle.

„Ueberparteilicher" Bürgerblock?

SPD. Der am Sonntag von der Zentrumsfraktion des Reichstags gefaßte Beschluß hat die Bildung eines offenen Bürgerblocks unter der Führung des Reichsfinanzministers Dr. Luther unmöglich gemacht. Aber Herr Luther war um einen neuen Ausweg nicht verlegen. Er, der Mann, der anfänglich überhaupt nicht ohne aktive Beteiligung des Zentrums die Reichskanzlerschaft übernehmen wollte, versuchte schon am Montag in aller Frühe auf Umwegen ein Kabinett zustande zu bringen, in dem die Deutschnationalen verhüllt maßgebend vertreten sind. Die Geburt dieser „überparteilichen" Regierung soll, wenn alles gut geht, am Dienstag erfolgen und ihre Vorstellung noch am Mittwoch unter der Firma „überparteilich" im Reichstag vor sich gehen. In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dieser faulen Ausrede ein Bürgerblock, und es ist gerade kein Zeichen von großem Mut für die Urheber des geplanten Kabinetts, wenn sie dessen Sinn und Bedeutung gegenüber der Oeffentlichkeit hinter einer Phrase zu verbergen suchen.

Die ganze Art der Verhandlungsführung, wie sie von Luther in den letzten Tagen betrieben wurde, bestätigt am besten, daß eine Regierung unter seiner Führung nichts anderes ist und sein kann als ein Bürgerblock. Luther hat als Reichskanzler-Kandidat in erster Linie mit den Deutschnationalen und der Volkspartei verhandelt, und wenn er nebenbei auch an das Zentrum gedacht hat, dann sicherlich nur in dem Bewußtsein, daß ohne diese Partei auch er nicht regieren kann. Die Tragik ist nur, daß die Zentrumsfraktion trotz der ihr durch Luther zuteil gewordenen Behandlung und trotz aller Intrigen des Reichsaußenministers oder seiner Partei im Reich und in Preußen jetzt zur Stütze dieser undankbaren Gesellschaft wird. Sie hat am Montag beschlossen, den unabkömmlichen Reichsarbeitsminister auch in einer Regierung zu belassen, die in besserem Gewande, als sie voraussichtlich unter Luther in Erscheinung treten wird, schon vor drei oder vier Wochen von Marx hätte gebildet werden können, wenn der Volkspartei die Parteitaktik nicht über alles ginge. Gewiß ist dieser Beschluß noch an einzelne Voraussetzungen geknüpft. Auch wird Brauns nicht mit unbeschränkten Vollmachten der Fraktion einer Regierung Luther angehören, aber es bleibt dennoch dabei, daß die Zentrumsfraktion den mehr oder weniger verschleierten Bürgerblock erst ermöglicht, während die Bildung einer Weimarer Koalition von ihm überhaupt als undiskutabel bezeichnet worden ist. Richtig ist andererseits, daß die Zentrumspartei immer die Hand an der Gurgel jener Regierung hat, der sie jetzt die Möglichkeit geben will, vorläufig die Geschäfte des Reiches zu führen, und wir sagen ganz offen, daß diese Tatsache uns mit dem Zentrum trotz seiner Haltung im Augenblick versöhnt.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber einem verschleierten Bürgerblock ist von vornherein gegeben. Der erste Vorsitzende unserer Reichstagsfraktion hat dem Reichsfinanzminister Dr. Luther bereits am Sonnabend erklärt, daß auch ein verschleierter Bürgerblock auf den Kampf der Sozialdemokratie gefaßt sein muß. Müller hat damit seiner Auffassung Ausdruck gegeben, die von der Fraktion voraussichtlich am Dienstag einstimmig geteilt werden wird und die in der gesamten Partei Anerkennung finden dürfte. Die Sozialdemokratie läßt sich bei ihrer Opposition gegen das Bürgerblock-Experiment nicht von persönlichen, sondern ausschließlich von politischen Motiven leiten. Sie sieht in jedem rechtsgerichteten Kabinett eine außen- und innenpolitische Gefahr und betrachtet es als ihre höchste Aufgabe, diese Gefahr durch eine scharfe Opposition gegen eine solche Regierung zu bannen oder durch den Sturz eines derartigen Kabinetts so schnell als möglich zu beseitigen. Es kann z. B. gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es einer Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen überhaupt nicht oder nur unter ganz schwierigen Umständen und auf Kosten der breiten Masse gelingen wird, die Räumungsfrage im Sinne Deutschlands zu lösen. Mit dem Augenblick, wo ein Deutschnationaler als Minister vor den Reichstag tritt, wird das mühsam erworbene Vertrauen zum deutschen Volke und insbesondere zu einem Reichstag erneut erschüttert; die Sicherheitsfrage kommt ins Rollen und neue Schwierigkeiten wirtschaftlicher oder politischer Art treten in Erscheinung.

Innenpolitisch ist der Bürgerblock gleichbedeutend mit einem Kurs schlimmster sozialpolitischer Reaktion. Schon jetzt entsetzt sich die Unternehmerpresse über den Beschluß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der sich aus gesundheitlichen Gründen für den Achtstundentag in den Hüttenwerken ausspricht. Diese frivole und herzlose Entrüstung kann nur als Zeichen dafür gelten, was werden wird, wenn die Deutschnationalen in Gemeinschaft mit der Volkspartei die Geschäfte des Reiches übernehmen. Ihre Praxis dürfte einer Rückwärtsbewegung in sozialpolitischer Hinsicht auf der ganzen Linie gleichkommen. Sie haben kein Verständnis für die gesundheitlichen Interessen anderer Menschen, wenn es nur ihrer Klasse gut geht, wenn sie verdient und auf irgendeine Art Geschäfte macht.

Die Opposition der Sozialdemokratie gegen einen Bürgerblock ist unter diesen Umständen eine hohe und wichtige Aufgabe. Vielleicht überlegt sich Herr Dr. Luther noch frühzeitig, was es heißt, mehr als 131 Abgeordnete im Reichstag und weit über 10 Millionen Volksgenossen bei seiner Tätigkeit in der geplanten Art gegen sich zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250113-11/fragment/page=0001

Koenens Konto bei Barmat.

Breitscheid vor den Berliner Funktionären.

Berlin, 13. Januar. (Radiomeldung.)

Reichstagsabgeordneter Genosse Breitscheid sprach gestern abend **vor den Berliner Funktionären** über die politische Lage. Im Verlaufe seiner Ausführungen erklärte er im Zusammenhang mit einer Erörterung der **fortgesetzten Verleumdungen** gegen **die Sozialdemokratie** u. a. folgendes: **„Wir müssen aus der Defensive in die Offensive übergehen. Erinnern wir an die Anschläge der völkischen Organisationen, erinnern wir an Herrn van der Kerkhoff, erinnern wir die Kommunisten daran, daß ihr Herr Koenen bei Barmat ein Konto von viertausend Goldmark hat und daß er versuchte, Barmat mit der Handelsabteilung der russischen Botschaft und in Paris mit Krassin zusammenzubringen.** Man hat versucht, die Sozialdemokratie und einzelne ihrer Angehörigen mit den noch nicht bewiesenen Verfehlungen der Barmats in Verbindung zu bringen. **Die Sozialdemokratie und alle ihre Mitglieder stehen rein da. Es handelt sich für unsere Gegner darum, die Sozialdemokratie als korrupt hinzustellen. Es hat niemals eine geschäftliche Verbindung zwischen der Sozialdemokratie und Barmat bestanden.** Daraus, daß sich einzelne Genossen gegen entsprechende Zinsen von Barmat Darlehen geborgt haben, kann niemand einen Vorwurf herleiten ..."

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich nur wenige **Versammlungsbesucher. Im Schlußwort erklärte Genosse Breitscheid**: „Die Sozialdemokratie hat alles Interesse daran, daß der ganze Fall Barmat restlos aufgeklärt wird. Für jede Behauptung in diesem Falle ist Beweis zu fordern. **Solange wie möglich müssen wir versuchen, die Bildung einer Rechtsregierung zu verhindern. Es ist sicher, daß die Kommunisten viel weniger energisch gegen eine Rechtsregierung ankämpfen, als gegen eine Regierung von Sozialdemokraten.** (Zustimmung.) **Für uns steht fest, daß ein Kabinett Luther die schärfste Opposition der Sozialdemokratie findet.** (Stürmischer Beifall.)

Der PV. zur Barmat-Affäre.

Der Parteivorstand hat sich in seiner Sitzung vom 12. Januar mit den Anschuldigungen, die im Zusammenhang mit dem Fall Barmat erhoben werden, beschäftigt.

Einzelne deutsche Parteigenossen lernten **Julius Barmat** Ende April 1919 anläßlich einer Sitzung der Internationale in Amsterdam kennen. Den Parteigenossen, die mit ihm persönlich verkehrt haben, wurde nichts bekannt, was der geschäftlichen oder persönlichen Ehre Barmats abträglich gewesen wäre. Noch im Jahre 1922 traten führende Blätter der Deutschnationalen, die Barmat als „Schieber" bezeichnet hatten, den Rückzug an, als ihnen mit Klage gedroht wurde.

Was die behauptete geschäftliche Verbindung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Barmat angeht, stellt der Parteivorstand fest, daß eine Verbindung zwischen der Partei und den Geschäften der Barmats niemals bestanden hat, insbesondere ist es unwahr, daß die Partei jemals an Lebensmittelgeschäften teilgehabt oder gar aus ihnen Vorteil gezogen hat. In der Oeffentlichkeit sind ferner in diesem Zusammenhang eine Anzahl bekannter Parteigenossen genannt worden. **Der Parteivorstand hat sich mit diesen Vorwürfen befaßt und festgestellt, daß in keinem Fall ein Beweis dafür erbracht ist, daß Parteigenossen ihren politischen Einfluß zur Erlangung persönlicher Vorteile** benutzt haben.

Der Parteivorstand stimmt mit der Fraktion darin **überein**, daß durch die gerichtliche und parlamentarische Untersuchung **volle Klarheit** über alle Korruptionsanschuldigungen geschaffen werden muß.

Herriot über die Nichträumung Kölns.

Die Verständigungspolitiker auf der Suche nach einem Kompromiß.

Paris, 13 Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird **Herriot** in der bevorstehenden außenpolitischen Debatte in der Kammer eine Erklärung über die Frage der Räumung von Köln abgeben. Er wird u. a. erklären, daß die Hinausschiebung der Räumung nur provisorischer Natur sei und eine **endgültige Entscheidung erst möglich sein werde, wenn der abschließende Bericht der alliierten Kontrollkommission vorliege.** Die Alliierten beabsichtigten, die deutsche Regierung unverzüglich von den festgestellten Verfehlungen in Kenntnis zu setzen, um ihr Gelegenheit zu geben, sich nicht nur dazu zu äußern, sondern auch durch entsprechende Maßnahmen die Voraussetzung für die Räumung der Kölner Zone zu schaffen. Die Verhandlungen darüber dürften nach den getroffenen Dispositionen bereits Ende Januar beginnen. Es bedarf wohl kaum eines Hinweises darauf, daß ihre **Entscheidung nicht unwesentlich von der Zusammensetzung der neuen deutschen Regierung abhängen wird.**

Genf, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Genfer **„Travail" meldet** aus sicherer Quelle, **daß wegen der deutsch-französischen Spannung**, die aus **Anlaß der Nichträumung Kölns eingetreten ist**, gegenwärtig **ein lebhafter Meinungsaustausch zwischen** den **führenden Linkspolitikern beider Länder stattfindet, wobei man sich um ein Kompromiß bemüht. Den** gleichen **Zwecken dient** eine **Reise** von **Albert Thomas nach Paris, wo** er mit **Herriot die Möglichkeiten einer Konfliktslösung besprechen wird.** Ebenso scheinen **die diplomatischen Kreise des Völkerbundes und** des **Internationalen Arbeitsamtes um** einen Ausgleich bemüht. **Das bedeutet allerdings keine offizielle** Stellungnahme beider Organisationen. Albert **Thomas reist am** Montag**abend von Genf über Lyon** nach Paris und **wird** sich von da nach **Berlin** begeben. Die Reise gilt vor allem auch der Regelung von Angelegenheiten, die das Internationale Arbeitsamt betreffen, darunter der Neubesetzung der Berliner Vertretung des **Arbeitsamtes**, die durch den **Rücktritt Schlickes notwendig geworden ist. Ebenso wird Albert Thomas eine Rücksprache** mit **den Gewerkschaften** und **dem** Reichsarbeitsminister **Brauns haben** über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch **Deutschland**.

Bürowahl in der französischen Kammer.

Paris, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Das französische Parlament tritt am Dienstag zur Eröffnung der ordentlichen Session zusammen. Die Kammer wird ihre erste Sitzung, die von dem **Expräsidenten geleitet** sein wird, **der** Neuwahl des **Präsidiums und des Bureaus** widmen. **Die Wiederwahl Painlevés zum Präsidenten der Kammer kann trotz** der Obstruk**tionsmanöver der Opposition** bereits als **gesichert gelten.** Lediglich die Kommunisten beabsichtigen, in der Person des Abgeordneten Sachard einen Gegenkandidaten zu präsentieren. **Die gesamte Rechte will, wie ihre Presse ankündigt, sich der Stimme enthalten, und, da nach der Geschäftsordnung der Kammer der Präsident im ersten Wahlgang nur mit relativer Mehrheit der 586 Deputierten gewählt werden kann, einen zweiten Wahlgang erzwingen, in dem dann die absolute Majorität der** abgegebenen Stimmen entscheidet.

Auch die Wiederwahl der vier Vizepräsidenten, darunter der **beiden Sozialisten Varenne und Buisson**, ist gesichert. Die drei **ausscheidenden Quästoren**, die sich zur Wiederwahl stellen, haben einen Gegenkandidaten in der Person des radikalsozialen **Abgeordneten Niellet. Zwei der acht Sekretärposten sollen diesmal der Minderheit zur Verfügung gestellt werden, doch ist anzunehmen, daß diese es ablehnen wird, sie zu besetzen.**

Die zweite Sitzung der Kammer am Mittwoch ist lediglich formaler Natur. Sie gilt der Bildung des Bureaus und der Festsetzung der Tagesordnung. Mit ziemlicher Sicherheit kann angenommen werden, daß die Kammer zunächst die unterbrochene Diskussion **des Budgets wiederaufnehmen** wird, und zwar dürfte **bereits auf die Tagesordnung der Sitzung vom Donnerstag das bisher zurückgestellte Kapitel des Ministeriums des Auswärtigen gesetzt werden. Die Debatte darüber dürfte mindestens** eine Woche **in Anspruch nehmen und Gelegenheit zu einer** Aussprache über die **Außenpolitik des Ministeriums** Herriot geben.

Kammer-Eröffnung.

Weitere Entwicklung zum Zuchthausstaat.

Rom, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Eröffnung des Parlaments erfolgte am Montag unter großem Andrang der Bevölkerung. Alle Galerien waren überfüllt. **Mussolini war mit allen Kabinettsmitgliedern** anwesend. Auch Giolitti, Orlando und Salandra waren erschienen und **hatten ihre alten Plätze** auf der äußersten Rechten unter den **Fascisten eingenommen.** Statt der erwarteten großen Ereignisse **herrschte vollkommene Ruhe** und zeitweise sogar Eintönigkeit. **Die Aussprache** über die Tagesordnung brachte keine erwähnenswerten Ergebnisse.

Rom, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Das fascistische **Kabinett** hat einem Gesetzentwurf seine Zustimmung gegeben, **durch** den alle Vereine unter **Polizeikontrolle** gestellt werden. Die Vereine und Vereinigungen, die **Klubs** und Gesellschaften werden **dadurch** verpflichtet, der Polizei fortlaufend ihre Mitgliederlisten vorzulegen. Das Kabinett hat fernerhin beschlossen, der Kammer den Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes zu übermitteln, der **dem Minister die Vollmacht gibt, das Polizeirecht, das Strafgesetzbuch, das Gesetz über den Strafvollzug und das Bürgerliche Gesetzbuch** zu ergänzen.

Sozialistischer Gemeindewahlerfolg. In Eisenstadt, der größten **Stadt des Burgenlandes**, errangen die Sozialdemokraten **am Sonntag bei der Neuwahl der Gemeindevertretung 12 Mandate, die bürgerlichen Parteien insgesamt ebenfalls 12. Die Sozialdemokraten haben einen Sitz gewonnen, die Bürgerlichen einen verloren.**

Gilberts Bericht.

Paris, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Agent für die Reparation**szahlungen Gilbert ist** am **Montag** in Paris eingetroffen. **Er erstattete der Reparationskommission** einen Bericht über **die Ergebnisse der Anwendung des Dawes-Planes vom 1. September 1924 bis auf den** heutigen **Tag. Alle Kontrollorgane** seien in Tätigkeit und funktionierten vollkommen befriedigend. **Deutschland erfülle seinerseits sämtliche von dem Dawes-Plan vorgesehenen Verpflichtungen.** Am **Mittwoch wird** unter **dem Vorsitz Gilberts** der **sogenannte** Generalrat **zusammentreten**, dem **der Zahlungsagent**, **die** drei Kommissäre für die **Reichsbank**, für **die Eisenbahnen und für** die von **Deutschland** als **Garantie** herau**sgegebenen Staatseinnahmen** und **die beiden Trustes für die** Industrie- **und die Eisenbahn**-Obligationen beiwohnen **werden**.

Wer ist Bewersdorf?

Eine demokratische Anfrage zum Magdeburger Prozeß.

Die demokratische Fraktion **hat** im **Preußischen Landtag** folgenden **Antrag** eingebracht:

Nach einwandfreier Bekundung durch hochachtbare angesehene Persönlichkeiten hat der als Gerichtsvorsitzender im Beleidigungsprozeß des Herrn Reichspräsidenten bekanntgewordene Land**gerichtsdirektor Bewersdorf in Magdeburg, als er noch** in Kottbus tätig war, wiederholt Aeußerungen fallen lassen, wie **„der einzig mögliche Reichspräsident ist Ludendorff"**, und mit deutlichem Hinweis auf den gegenwärtigen Herrn Reichspräsidenten, **in dessen Beleidigungsprozeß er der Gerichtsvorsitzende** war, **„der Sattlergeselle muß dort oben verschwinden"**.

Ist es Tatsache, daß diese und ähnliche Aeußerungen des Bewersdorf dem Justizministerium kurz vor seiner Beförderung zum Landgerichtsdirektor mitgeteilt wurden?

Wenig charaktervoll.

München, 13 Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Bei der am Sonntag **erfolgten Enthüllung des Denkmals für** die 175 im **Weltkrieg gefallenen Münchener** Juden wurde **es vielfach vermerkt, daß auch Prinz Leopold** sowie ein Vertreter des ehemaligen **Kronprinzen Rupprecht** anwesend waren. Daß die ehemaligen **Prinzen**, die **doch** samt und sonders Generale waren, an einer solchen Feier für die unter ihrer Führung Gefallenen sich beteiligen, ist verständlich. Weniger verständlich dagegen ist die Rolle, die von der israelitischen Kultusgemeinde als der **Veranstalterin** der **Feier dem Prinzen Leopold** eingeräumt **wurde**. Es schien, als **habe** man **es darauf** angelegt, zu zeigen, daß auch eine jüdische **Veranstaltung** sozusagen unter dem **Protektorat** des **Königshauses** stattfinden könne. **In das gleiche Kapitel** gehört, daß zwar der durchaus reaktionär eingestellte **Bayerische Kriegerbund**, **nicht aber** das **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold** eingeladen **war**. Die maßgebenden Leute der israelitischen Kulturgemeinde scheinen allzu rasch vergessen zu haben, in welchen Münchener Kreisen allein ein aktiver Widerstand gegen die Hitlerei seinerzeit geleistet worden ist. Was damals getan wurde, ist allerdings nicht um der Juden willen geschehen, überhaupt nicht für irgendwelche Sonderinteressen, sondern aus der Ueberzeugung heraus, daß die Hitler-Diktatur das **ganze deutsche Volk in den Abgrund** führt. Trotzdem ist es von der **offiziellen Vertretung der Minderheit**, die damals in erster Linie betroffen war, wenig geschmackvoll, so offensichtlich zu zeigen, daß sie jene Zeiten endgültig aus ihrem Gedächtnis gestrichen hat.

Das Ausland und die nationalen Rüpel

Die Beurteilung, die das Vorgehen der „nationalen" Parteien in der letzten Sitzung des Preußischen Landtags in England erfahren hat, findet am besten ihren Ausdruck in folgenden Stimmen: „Daily Mail" schreibt: „Man kann sich an kein beschämenderes Beispiel von Parteipolitik erinnern (als die Vorgänge im Preußischen Landtag); aber die Vorkommnisse zeigen, daß die **Deutschen viel mehr von ihren kleinen Parteizänkereien in Anspruch genommen sind als mit den Interessen des Rheinlands."** — Die „Morning Post" erklärt: „Es hat keinen Sinn, von den weiteren Ereignissen (im Preußischen Landtag) zu berichten. Sie waren ein **schmähliches Beispiel für parteipolitische Gehässigkeit, die so groß ist, daß sie selbst den nationalen und patriotischen Ausdruck des Protestes unmöglich machten ..."**

Die Deutschnationalen und Volksparteiler werden trotzdem behaupten, daß ihre Rüpeleien eine nationale Tat waren. Der Eindruck ihrer Skandalszene wird dadurch im Ausland noch größer, als er schon ist. Was wird erst werden, wenn sie erst regieren?

Stadttheater.

Gastspiel des Moskauer Künstlertheaters in Gorkis „Nachtasyl".

Stanislawski, der geistige Führer und Inspirator des Moskauer Künstlertheaters, soll nach der bolschewistischen Revolution resigniert erklärt haben, daß die Zeit der Blüte des russischen Theaters nunmehr vorüber sei. Diese Auffassung mag aus dem Alter Stanislawskis und aus seiner inzwischen etwas konservativ gewordenen Art resultieren. Stanislawskis Spielplan ist ungefähr derselbe, wie er vor den großen Ereignissen in Rußland war. Seine Spielmethoden haben sich gleichfalls nicht wesentlich geändert und werden sich wahrscheinlich auch kaum ändern, da der künstlerische Ehrgeiz des Mannes und seiner Truppe in der letzten veristischen Ausdeutung des Stoffes liegt. Nichts von Tairoffs Theater auf dem Theater, sondern naturalistische Kleinarbeit bis zur letzten Potenz. Es ist selbstverständlich, daß die Durchführung solcher Absichten aufs innigste verknüpft sein muß mit angestrengten Versuchen seelischer Deutung. Dieser Kunststil, der vielleicht von Otto Brahm ausgeht und in Stanislawski seinen potenziertesten Ausdruck findet, ist unseres Erachtens nicht mehr zu überbieten. Diejenigen, die in der Bühne ein dauerndes Experimentierinstitut sehen und vor lauter Theater sich an Kunst, Bühne und Mensch selbst gern vergreifen, mögen über den Stanislawski von gestern mit den Achseln zucken. Uns erscheint er allerdings immer noch mehr wert als die Tanzvirtuosen des Tairoffschen Uebertheaters, die sich vom Leben zu weit entfernen, als daß man ihnen nachsagen könnte, daß sie Leben darstellen.

Die gestrige Aufführung des „Nachtasyl" erfolgte in russischer Sprache. Daß die Einzelleistungen nach einer Dauerpraxis von durchschnittlich etwa zwanzig Jahren bis in die letzte Silbe gefeilt waren, bedarf eigentlich keiner besonderen Erörterung Aber auch das Ensemblespiel stellte einen einzigen Akkord von zeitweilig überwältigender Wirkung dar. Das Vorschieben der sich balgenden Asylgenossenschaft vom Kampfplatz auf die Bühne war ein Crescendo bewundernswerter Art. Daß Stanislawski in seiner Truppe Künstler von höchstem Range hat, ist bekannt; es würde jedoch zu weit führen, detaillierte Ausführungen über geniale Einzelleistungen zu machen. Auch der Zuhörer, dem das „Nachtasyl" sowohl dem Text wie dem Inhalt nach unbekannt gewesen sein mag und der noch dazu keinerlei russische Sprachkenntnisse besitzt, wird in gewissen Phasen der Darstellung stark ergriffen bzw. hingerissen, der Zuschauer aber, der das Spiel mit dem geübten Auge des Sachkenners zu verfolgen mochte, wird über die in allen Teilen virtuose Leistung entzückt gewesen sein.

Immerhin erlauben wir uns einige Bedenken gegen die Wiederholung derartiger russischer Gastspiele geltend zu machen. Wir fürchten vom Gros des Theaterpublikums, daß es in Ermangelung der erwähnten Voraussetzungen nicht auf seine Rechnung kommt. Vielleicht hätte sich das Theaterbureau der leichten Mühe unterziehen können, eine Inhaltsangabe vom „Nachtasyl" dem Programm beizufügen, zumal wir überzeugt sind, daß die Theaterleitung beim Besuch ihres Instituts nicht nur mit Literaturkennern und Theatersachleuten rechnet.

Der Andrang zur gestrigen Vorstellung war bequem zu bewältigen. Der starke, anhaltende Beifall ging bezeichnenderweise nur von verhältnismäßig kleinen Gruppen der Besucher aus. Eine Lehre für die Intendanz und eine Warnung zugleich.

Sch.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. Am heutigen Dienstag, 7½ Uhr: „Schwanenweiß". Mittwoch, 7½ Uhr: „Barbier von Bagdad". Donnerstag, 7½ Uhr: „Ein Volksfeind". Freitag, 6½ Uhr: „Tristan und Isolde". Sonnabend, 7 Uhr: „Ein Volksfeind". Sonntag nachmittag 3 Uhr „Peterchens Mondfahrt"; 7½ Uhr: „Zar und Zimmermann"

Die Philharmonie bringt am nächsten Freitag (4. Sonderkonzert) das berühmte Amar-Hindemith-Quartett unter Mitwirkung der Altistin Erna von Hößlin. Die Künstler, die sich mit ihrer im In- und Auslande bewunderten Kunst für die Moderne einsetzen, bringen hochinteressante Neuheiten für Halle, darunter ein Werk des jetzt vielgenannten Strawinsky und das schon berühmte, hier aber noch unbekannte Schönbergsche Streichquartett mit Gesang. (Karten bei Hothan.)

Das Geheimnis des Goldschatzes der Inkas.

Einer der ersten Spanier, die in das Reich der Inkas eindrangen, war Felipe de Pomares, der uns mit anderen wertvollen Nachrichten auch einen Bericht über den fabelhaften Reichtum der Inkas hinterlassen hat. Selbst wenn der Bericht des Spaniers sich gelegentlicher Uebertreibungen schuldig machen sollte, so war er doch ganz dazu angetan, den Zeitgenossen ein Recht zu geben, dort ein Dorado zu suchen. Pomares schreibt, daß in den Gewölben des Sonnengott-Tempels ein märchenhafter Schatz verborgen war, den eine gewisse Maria de Esquivel, die Gattin eines der direkten Nachkommen der Inkas, auch einmal unter besonderen Begleitumständen mit eigenen Augen zu sehen Gelegenheit hatte. Sie wurde nicht müde, sich bei dem Gatten beständig zu beklagen, daß sie als Gemahlin eines Edlen von ruhmreicher Vergangenheit in so bückenden und unwürdigen Verhältnissen zu leben gezwungen sei. Eines Tags hatte der Mann, der ewigen Klagerei müde, ihr erklärt: „Keiner ist reicher als ich, und damit du dich davon überzeugen kannst, bitte ich dich, mir zu folgen." Er verband der Frau die Augen und führte sie an einen Ort, den er allein kannte. Als beide an Ort und Stelle angekommen waren, nahm er seiner Frau die Binde von den Augen, die, des Staunens voll, ein Märchenwunder zu erblicken meinte. Sie sah sich in einem großen Raum, der voll von Bildwerken aus massivem Golde war; daneben lagen Haufen von kostbaren Steinen und zahllose Gegenstände, die aus reinem Golde verfertigt waren. Nach dem Tode des Gatten vertraute sie ihr Geheimnis einigen Freunden an, die, gierig nach dem leichten Gewinn, nichts unterließen, um den Schatz zu heben. Zu diesem Zweck wurden selbst viele Häuser niedergerissen und der Grund und Boden eifrig nach dem Schatz durchsucht. Aber alle Bemühungen waren vergeblich und die Suche mußte schließlich als aussichtslos aufgegeben werden.

„Gyges und sein Ring", eine der großartigsten Schöpfungen des **norddeutschen Tragödiendichters, gelangt am 22. Januar** im **Thalia-Saal** zur Aufführung **durch das Mitteldeutsche Landestheater.** Der **Wohllaut** der Hebbelschen Sprache, die **Pracht** ihres Bilderreichtums werden jeden Hörer entzücken. Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Inszenierung die gleiche sein wird, wie in den 20 Orten Mitteldeutschlands, wo das MLT. die Tragödie mit großem Erfolg gab. Karten in der Volksbühne.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250113-11/fragment/page=0002
DFG

Eine verdächtige Verhaftung.

Wien, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Unter dem Verdacht des Preiswuchers mit Mehl wurde der Direktor der Anker-Brotfabrik verhaftet. Ein Enthaftungsgesuch, in dem eine Kaution von 50 Milliarden Kronen angeboten war, wurde vom Landgericht abgelehnt. Ein christlichsozialer Abgeordneter ist im Namen des Industriellenverbandes beim Justizminister um Freilassung des Verhafteten vorstellig geworden. Es besteht der Verdacht, **daß die Verhaftung des Direktors der Anker-Werke von der Regierung nur veranlaßt wurde, um die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Kampf um den Mieterschutz im Justizausschuß abzulenken und um auf diesem Umweg einen Schlag gegen die Hammer-Brotwerke, die der Arbeiterschaft gehören, vorzubereiten.** Sie erklärten, ihren Brotpreis nicht herabsetzen zu können und haben an die Regierung den Antrag gestellt, die Werke im Sinne des Sozialisierungsgesetzes zu überwachen, falls sie der Meinung sei, daß das Brot in den Hammer-Werken billiger hergestellt werden könnte.

Die Obstruktion dauert fort.

Wien, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Obstruktion der Sozialdemokraten im Justizausschuß des Nationalrats dauert fort. Am Montagnachmittag um 3 Uhr hat sofort nach Zusammentritt des Ausschusses Genosse Leuthner wieder das Wort ergriffen, um seine Rede vom Sonnabend fortzusetzen. Er wird bis zum Schluß der Sitzung eventl. auch noch am Dienstag sprechen.

Theunis unter Kreuzfeuer.

Die Prioritätsfrage.

Brüssel, 13. Januar. (Radiomeldung.)

Die nationalistische Presse hatte in den letzten Tagen ein schweres Kreuzfeuer gegen Theunis eröffnet, weil er in Paris die belgische Priorität preisgegeben und gestattet habe, daß Amerikas Anteil an den Reparationen auf Belgiens Kosten befriedigt werde. Demgegenüber wird halbamtlich darauf hingewiesen, daß die belgische Priorität unangetastet bleibe, daß aber nach deren Befriedigung eine Herabsetzung des belgischen Anteils selbstverständlich sei. Uebrigens sei es Theunis gelungen, eine Herabsetzung von 8 Prozent auf 4½ Prozent zu erwirken, während die Engländer nur 3 Prozent gewähren wollten. Alles in allem verliert Belgien eigentlich nichts, außerdem müsse der Rest der belgischen Priorität bezahlt werden.

Folgen der vertragslosen Zeit.

Brüssel, 13. Januar. (Radiomeldung.)

Aehnlich wie für Elsaß-Lothringen ist auch für Eupen und Malmedy **die freie Einfuhr nach Deutschland am 10. Januar eingestellt.** Namentliche die Eupener Industrien sind dadurch in eine kritische Lage gekommen und haben **nicht vermocht, in Belgien einen Markt zu finden.** Infolgedessen droht dem Textilgewerbe, den Likörfabriken usw., denen der bisherige Markt plötzlich abgeschnitten ist, eine große Arbeitslosigkeit. **Die Eupener Arbeiter befürchten die sofortige Schließung einer Anzahl von Fabriken. Die Versuche einzelner Eupener Industrieller, durch direkte Verhandlungen in Berlin Konzessionen zu erlangen, sind fehlgeschlagen.**

Kampf der australischen Seeleute.

Melbourne, 13. Januar. (WTB.)

Infolge der Lahmlegung der australischen Schiffahrt durch Streikende beschloß die Regierung, die Disqualifikation des Seemannsverbandes zu fordern. (!) Der Premierminister Bruce erklärte, der Streik sei ein Angriff gegen den Staat. Die Kontrolle gewisser Gewerkschaften sei in die Hände der Revolutionäre (!) gelangt.

Aus Sidney meldet Reuter, daß weitere Dampfer von den Hafenarbeitern boykottiert wurden, weil Mitglieder des Verbandes ehemaliger Soldaten die Frachtarbeiten auf diesen Schiffen übernehmen. **Der Seemannsverband und der Hafenarbeiterverband hielten zusammen.** Zwischen einer Gruppe von ehemaligen Soldaten und Hafenarbeitern kam es zu einem Kampf. Verschiedene Personen wurden verletzt.

Aus Hobart (Tasmanien) meldet Reuter, daß der Premierminister sich nach Melbourne begab, um die australische Regierung zu ersuchen, den Schiffahrtsdienst zwischen Australien und Tasmanien auf jeden Fall aufrechtzuerhalten.

Hessische Zentrumsleute.

Darmstadt, 10. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In mehreren Sitzungen verhandelten die Vertreter der Koalitionsparteien in den letzten Tagen über die Regierungsbildung in Hessen. Ueber eine Reihe wesentlicher Punkte staatspolitischer Art war bereits Einverständnis erzielt. Am Freitagnachmittag waren die Vertreter der Koalitionsparteien wiederum versammelt, um die Beratungen fortzusetzen. Durch die Haltung der Zentrumsvertreter mußten die Verhandlungen zunächst abgebrochen werden. Das Zentrum konnte sich nicht bereit erklären, für den Ausgleich des Staatsvoranschlags 1925 irgendwelche Bindungen zu übernehmen. Außerdem stellte sich das Zentrum auf den Standpunkt, daß es etwa notwendig werdende neue Erhöhungen in den nächsten drei Jahren nur einer erweiterten Koalition bewilligen könne. Die Demokraten erklärten, daß sie nach dieser Haltung des Zentrums irgendwelche Verantwortung für das Finanzministerium, das sie zurzeit inne haben, in Zukunft nicht übernehmen könnten. Die Sozialdemokraten stellten sich auf den Standpunkt, daß sie bereit wären, die Mitverantwortung für die Ausgleichung des Staatsvoranschlags 1925 zu übernehmen. Für die Sozialdemokratische Partei kommt nach dem Ausgang der Wahlen, der der Kleinen Koalition eine tragfähige Mehrheit gibt, eine Erweiterung der Koalition nicht in Frage.

Noch ein Kreditskandal.

Wohnstätten-G. m. b. H. und Trianon-Filmgesellschaft.

Die „Voss. Ztg." berichtet über eine neue Kreditaffäre. Danach hat die Geschäftsführung der aus öffentlichen Mitteln gespeisten „Wohnstätten-G. m. b. H." der Trianon-Filmgesellschaft einen größeren unzulässigen Kredit gewährt. Die gegebenen Gelder stammen nach den Angaben der „Voss. Ztg." vom Arbeitsministerium und vom Wohlfahrtsministerium. Für die Kreditgewährung verantwortlich sind die Beamten des Arbeitsministeriums, Regierungsrat Breitschneider als Geschäftsführer und Geheimrat Glaß als Vorsitzender des Aufsichtsrats sowie Herr Wenzel als früherer Geschäftsführer der Gesellschaft, ein Schwiegersohn des Führers der Deutschnationalen Partei Dr. Schiele. Gegen die drei Personen ist ein Disziplinarverfahren eröffnet worden.

Auffällig ist es, wenn die Wohnstätten-G. m. b. H. der „Voss. Ztg." gegenüber eine Erklärung abgibt, nach der das Eingreifen des Ministeriums nur aus formalen Gründen erfolgt sein soll. Die Beträge seien bei der Trianon-Filmgesellschaft keineswegs bedroht, **wenn nicht durch das Eingreifen des Ministeriums jetzt eine so erhebliche Kreditschädigung, ähnlich wie im Falle Barmat, eintrete, daß tatsächlich die beiden Gesellschaften in Schwierigkeiten geraten.** Die Verhandlungen mit der Trianon-Gesellschaft seien jedenfalls bereits ins Stocken geraten. Man wird die Untersuchung in der Angelegenheit Wohnstätten-G. m. b. H.—Trianon-Film nicht anders handhaben dürfen als im Fall Seehandlung—Barmat-Konzern.

Borah über Dawes.

Washington, 13. Januar. (WTB.)

Senator Borah erklärte im Senat, der Dawes-Plan könne nicht dauernden Wert haben, wenn nicht die genaue Gesamtsumme der Reparationen festgesetzt werde. Ein großer Fehler des Dawes-Planes sei es, daß er die finanzielle und industrielle Politik eines großen Volkes unter die Aufsicht fremder Mächte stelle. Er könne nur solange Erfolg haben, wie andere Länder diesem Volke Geld liehen.

Protest politischer Gefangener.

Köln, 12. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Wie das Kölner kommunistische Blatt „Die sozialistische Republik" meldet, ist in Köln ein Teil der politischen Gefangenen, die sich in englischer Haft befinden, zum Zeichen des Protestes gegen ihre Inhaftierung trotz des Londoner Abkommens und gegen die Nichträumung der Kölner Zone am Montag in einen befristeten Hungerstreik eingetreten.

Tenner aus der KPD. ausgeschlossen.

Weimar, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der kommunistische Landtagsabgeordnete Tenner, der während der sozialdemokratisch-kommunistischen Koalition in Thüringen Wirtschaftsminister war, ist aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Schon vor einigen Monaten hatte man ihn seines Amtes als Vorsitzender der kommunistischen Landtagsfraktion enthoben. Er scheint der Parteileitung, die dem linken Flügel in der Partei immer mehr Zugeständnisse machen mußte, zu sachlich und zu wenig Draufgänger gewesen zu sein.

Katz freigelassen. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Iwan Katz wurde am Sonntag, nachdem für ihn von der Kommunistischen Partei eine Kaution von 50 Millionen Kronen hinterlegt worden war, aus der Haft entlassen.

Nachgefecht zum chinesischen Bürgerkrieg. In der Nähe von Schanghai ist es zu sehr heftigen und blutigen Kämpfen zwischen den Truppen der beiden Parteien im letzten Bürgerkrieg gekommen. Da die Gefahr besteht, daß die europäische Niederlassung in Schanghai von den Unruhen gefährdet wird, haben die dort stationierten europäischen Kriegsschiffe Truppen gelandet.

Wirtschaftspolitik.

Der deutsche Kaliabsatz.

Das deutsche Kalisyndikat teilt über den Kaliabsatz mit: Der Dezember-Absatz 1924 entsprach mit 847 000 Doppelzentner K_2O der Entwicklung de letzten Vierteljahres 1921 und brachte den Absatz des zweiten Halbjahres 1924 auf 5 143 934 Doppelzentner, wodurch der außerordentlich niedrige Absatz des ersten Halbjahres von nur 3 275 069 Doppelzentner zum größten Teil ausgeglichen wurde. Das Jahr 1924 bleibt mit einem Gesamtabsatz von 8 419 000 Doppelzentner hinter dem Jahre 1923 mit 440 000 Doppelzentner zurück. Es kann angenommen werden, daß diese Absatzziffern nur einen Teil des tatsächlichen Verbrauches angeben, da nachweislich aus den Inflationsjahren bedeutende Mengen Kalisalze namentlich bei den Verbrauchern lagerten, die nunmehr zum größten Teil verbraucht sein dürften.

Deutsche Kohlen nach dem Ausland.

Neuerdings ist es Deutschland gelungen, einige bedeutende Kohlenaufträge vom Ausland zu erhalten. Die italienischen Staatsbahnen schlossen einen Vertrag über sieben Jahre für monatlich 200 000 Tonnen deutscher Kohle ab. Die Elektrizitätswerke in Paris kauften für 1925 rund 500 000 Tonnen deutsche Nußkohle, und die früheren Thyssenwerke in Rouen neben 150 000 Tonnen Reparationskohle noch 250 000 Tonnen gewaschene deutsche Stückkohle. Bisher bezogen beide Unternehmen ihre Kohlen aus Wales.

Aus aller Welt.

Ein Polizeioffizier als Raubmörder.

Budapest, 12. Januar.

Seit gestern nacht arbeitet die hiesige Polizei an der Aufdeckung eines Raubmordes. Bei der Polizei war eine Anzeige eingelaufen, daß der Großselcher Franz Kodelka seit zwei Tagen vermißt würde. Gleichzeitig wurde der Polizei aus Csepel gemeldet, daß dort die Donau Kleidungsstücke und zerstückelte menschliche Körperteile angeschwemmt habe. Die Kleider wurden als Eigentum Kodelkas erkannt und gleichzeitig festgestellt, daß der Gendarmerieoberleutnant Gustav Lederer, dessen Frau und sein Bruder, der Beamte der Nationalbank Alexander Lederer, in der verflossenen Nacht mit mehreren Koffern in Csepel erschienen waren, deren Inhalt sie in die Donau warfen. Dem Nachtwächter sagten sie, sie hätten den Kadaver ihres Wolfshundes in die Wellen geworfen. Alle drei wurden verhaftet. Anfangs leugneten sie die Tat, später gestand die Frau, Kodelka, ein alter Bekannter ihres Mannes, habe in ihrer Wohnung gegen sie ein unsittliches Attentat verüben wollen. Ihr Mann habe sie überrascht und ihn in seiner Eifersucht mit dem Dienstrevolver erschossen. Sodann hätten sie dem Leichnam Kopf, Füße und Hände abgeschnitten, den Rumpf zerstückelt und die Leichenteile in Koffer verpackt, um sie ins Wasser zu werfen. Teile der Leiche lägen auf dem Dachboden versteckt. Ihr Schwager hätte ihnen beim Forttragen der Koffer, deren Inhalt er nicht kannte, geholfen. Später gestand der Schwager, die Frau habe ihm aus einer angeblichen Erbschaft sechzig Millionen Kronen zur Verwahrung übergeben. Da sei er mißtrauisch geworden und habe das Geld im Anrichtetisch verborgen, wo es auch aufgefunden wurde. Nun wurde auch sein Bruder geständig und sagte aus, er habe zusammen mit seiner Frau den Großselcher unter Vorspiegelung eines bedeutenden Geschäftes in seine Wohnung gelockt, ihn mit Vorbedacht ermordet und dann die Leiche zerstückelt.

Bahnunfall. Am Duisburger Hauptbahnhof stieß eine Lokomotive auf einen nach Oberhausen bestimmten Personenzug, wobei fünf Reisende des Personenzugs leicht verletzt wurden, während der Materialschaden nur gering war.

Der Schiffahrtsverkehr auf dem Rhein ist infolge des dichten Nebels seit gestern völlig eingestellt.

Opfer der Arbeit. In dem Kraft- und Schleusenwerk am Neckarkanal in Edigen kamen gestern nach einer Blättermeldung vier Arbeiter mit der Starkstromleitung in Berührung und wurden sofort getötet.

Paris im Nebel. Nach einer Blättermeldung aus Paris war gestern die Stadt in einen undurchdringlichen Nebel gehüllt. Der Eisenbahnverkehr wies beträchtliche Verzögerungen auf. In Wneuvs fuhr ein Vorortzug auf einen anderen auf. Der Gepäckwagen und der letzte Personenwagen des vorderen Zuges wurden zertrümmert. Zehn Personen erlitten leichtere Verletzungen.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. L. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: G. Kasparek; für Provinz und Sport: Alfr. Wielepp; für den Anzeigenteil Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H. Halle, Harz 42/44

Armenasyl.

Von **Max Dortu.**

Oh, wo ist mein Sturmgefühl geblieben.

Wie tief bin ich gesunken! Ich bin ein Garnichts mehr. Ich bin kraft- und energielos. Von den mutigen Raben, die da draußen in den schönen Feldmarken ihr eigensinniges Leben treiben, von denen, ja, von denen könnte ich lernen.

Untergeordnet habe ich mich den Verhältnissen der Großstadt.

Ist es nicht zum Lachen und zum Weinen?!

Ich, der die Großstadt erobern wollte, ich bin von ihr zertreten, angespien und verachtet.

Seit vierzehn Tagen beherbergt mich nachts ein Armenasyl.

Der größten Not der Großstadt bin ich beigesellt.

Hunger? Oh, der plagt mich wenig mehr. Ich bin nie satt — aber ich hungere auch nicht eigentlich. Etwas findet man immer zu essen. Man ist wie ein Hund, der an die Kehrichttonnen appelliert, der hier und dort einen Bissen findet und ihn, mit Asche und Staub bedeckt, gierig verschlingt.

Tagsüber treibe ich wie ein Wrack durch die hochgehenden Wogen der Großstadt.

Da komme ich dann auch an die Parkwälder. Schnee ist gefallen. Glitzernde Rauhreifbäume überdachen Wege und Pfade. Glockengeklingel, Schlitten mit pelzumkleideten Menschen. Helle Augen schöner Frauen und Mädchen. Trübe Augen häßlicher Männer und Jünglinge. Reiter und Reiterin. Hochmütiger Trabeschritt der ahnenstolzen Pferde. Und Hunde mit Kavaliermienen.

In einem großen Restaurant bin ich öfter zu Gast. Das heißt, ich komme von hinten herein. Ach, ich komme überhaupt nicht hinein — ich trete an eine kleinere hintere Tür, an die Eingangstür für das Bedienungspersonal. Dort, an jener farbenunfreundlichen Tür, warte und warte ich — oft stundenlang — oft gänzlich vergebens — aber manchmal habe ich Glück: Dann trägt mir eine alte Aufwäscherin aus der Spülküche einige Abfälle in Zeitungspapier heraus. Da gibt es gesottene Fischköpfe, gute Wursthäute, Bratkartoffeln, die nur leicht angeschimmelt sind, Orangenschalen und Zitronenschalen — kurz, manchmal gibt es eine herrliche Mahlzeit.

Dann wieder gehe ich durch die klirrenden Geschäftsstraßen dieser brausenden Riesenstadt. Hier sehe ich in den breitbrüstigen Läden alle Reichtümer der Welt aufgestapelt. Seidenkleider und Atlasschuhe preisen sich an. Brillanten, Ebenholzstöckchen und lackbleue, funkelnagelneue Autos. Es gibt Silbertäschchen und Schildpattkämme, Schönheitssalben und goldene Füllfederhalter. Alles ist zu haben — hier in dieser Großstadt herrscht für einige Menschen keine Not — keine für die Besitzenden!

Und dann gehe ich ins Zentrum der Stadt, wo die Bureaus und die Banken in festungsartigen Palästen untergebracht sind. Und ich stehe scheu und in mich hinein sinnend vor dem tiefroten Sandsteingebäude der Börse.

Ich ahne den sich darin abspielenden Wucher. Ich weiß, wie dort drinnen die Arbeit von vielen Millionen fleißiger Menschen durch schmerbäuchige Schmarotzer verjobbert und verschoben wird. Und ein böses Gefühl großen Hasses erniedrigt mich. Ich hasse nicht nur die Einrichtungen der Gesellschaft — nein, ich hasse auch die Menschen selber: alle Reichen, alle Großbesitzenden.

Und doch weiß ich, daß mein Haß gegen den einzelnen Menschen meine Schwäche ist —

Ich weiß, daß ich nicht aus meinen Elendssümpfen heraus kann, weil meine eigene Kleinheit mich darin festhält.

Oh, ich weiß so viel!

Aber was nützt mir all mein Wissen, wenn ich nicht die Kraft habe, es gegen meine eigene Schwachheit und gegen meine Willenlosigkeit ins Feld zu führen. Könnte ich mich selber besiegen — dann könnte ich auch die Umstände, die mich niederhalten, mit Erfolg bekämpfen.

Hätte ich zu mir Vertrauen — auch andere Menschen würden mir vertrauen können. Sie würden meinen Lebenswagen mir vorwärtsschieben helfen.

Aber hier in dieser ungeheuren Menschenansammlung vertraut mir keiner — auch nicht einer!

Die Arbeitslosen, die stadtansässigen Arbeitslosen — die betrachten mich Fremden mit mißtrauisch gehässigen Augen. Sie fürchten in mir den Konkurrenten, den Konkurrenten ihrer Not, den Schmälerer ihrer kleinen Wohlfahrtseinkünfte. Sie sind neidisch auf mein sichtbares Elend.

Und in den politischen Arbeiterversammlungen, wo ich zu sprechen versuchte — da verstand man meine Gefühle nicht. Man verlachte mich, man fragte nach meiner Vergangenheit, zuletzt hielt man mich gar für einen Aushorcher und für einen Ueberträger. Das hat mich tief empört. Alles aber auch alles hat mich verlassen, weil mich meine eigene Energie verließ. Aber wo soll ich denn meine Energie neu schöpfen? Vielleicht im Armenasyl? Wo die gemeinsame Not uns nicht aneinanderschließt, wo wir uns, statt einig zu sein, wie halbverhungerte Hunde rachsüchtig herumbeißen?

Wir belügen uns mit Heldentaten, die wir tags im Betteln begangen haben wollen. Die Lüge tröpfelt uns aus den Augen, aber wir sind von der Not so erniedrigt, daß wir nicht einmal mehr die Lüge hassen. Sie ist uns Gewohnheit geworden.

Ich richte mich zugrunde, weil ich nicht mehr an mich glaube.

Oh, die Großstadt: sie frißt mich am lebendigen Leibe auf.

Ein unbekanntes Land in Südamerika.

Eine sich ins Endlose dehnende Ebene, die sich in einer Ausdehnung von 800 000 Quadratkilometern bis zu den Vorbergen der bolivischen Anden erstreckt, ist der berühmte „Gran Chaco", das üppige Land in Paraguay am linken Ufer des Flusses Parana, das eineinhalbmal so groß als Deutschland ist. Noch heute breitet sich über den größten Teil des Chaco der Schleier des Geheimnisses, obwohl die üppige Fruchtbarkeit des Bodens und der unerschöpfliche Reichtum des Baumbestandes des Landes einen mächtigen Antrieb zu seiner Erschließung bildet. Die zwischen den Extremen, Trockenheit und Regengüssen, wechselnden Witterungsverhältnisse, die gewaltigen Ueberschwemmungen und Stromschnellen der Flüsse, die Undurchdringlichkeit der Urwälder, der Ueberfluß an wilden Tieren, Reptilien und giftigen Insekten, vor allem aber die Wildheit der im Norden hausenden Indianer, die den Fremden feindlich gegenübertreten, sind die Gründe, die die befremdliche Erscheinung erklären, daß dieses in Südamerika gelegene Paradies heute noch so gut wie unbekannt ist. Wagemutige Forscher haben den Versuch, dort einzudringen, oft genug mit dem Leben bezahlt. Unter ihnen steht der Italiener Guido Boggiani an erster Stelle. Im Vertrauen auf seine Bekanntschaft mit den eingeborenen Stämmen hatte er es sich in den Kopf gesetzt im Anfang dieses Jahrhunderts bis in das Innere des Chaco vorzudringen. Die Warnungen seiner Freunde schlug er in den Wind. Ohne Begleitung vertraute er sich den Wilden an, die ihm als Führer dienten. Nicht lange darauf traf die Kunde ein, daß er meuchlings durch Keulenschläge seiner tückischen Begleiter getötet worden war. Seit drei Jahren widmen sich Mitglieder der Turiner Kongregation der Salesianer der dornenvollen Aufgabe, die ungebändigten heidnischen Indianer im Norden des Landes zum Christentum zu bekehren und zur Zivilisation zu erziehen und damit das Land dem Europäer zugänglich zu machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621925011З-11/fragment/page=0003

Henny Porten
kommt! 264

Vereins-Kalender
der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029.
(Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

Freier Sängerchor Halle Mittwoch, den 14. Januar, pünktlich abends 8 Uhr, im Vereinslokal: Uebungsstunde. Des bevorstehenden Konzertes wegen müssen die Sänger vollzählig zur Stelle sein.

Arbeiterwohlfahrt (Kindergruppe) Heute, 4 Uhr nachmittags, im Volkspark Spiel und Tanz. — Dienstag, den 1. d. M. ab 4 Uhr. Weißnähen in der Gladischschule Mädchenschule. (Die monatlichen Unkosten bei Teilnehmerinnen belaufen sich auf etwa 75 Pfennig.) 8 Uhr abends Sitzung des engeren Vorstandes im Gewerkschaftshause. — Mittwoch, den 14. d. M. ab 4 Uhr, Nähstube in der Zoschule. — Donnerstag, d. 15. d. M. ab 4 Uhr, Nähstube in der Wittenbergschule.

Jungsozialisten. Alle Gruppenmitglieder werden gebeten, sich am Dienstagabend 8½ Uhr vor dem Gewerkschaftshaus zu einer kurzen, aber wichtigen Besprechung einzufinden.

SAJ. Heute 4½ 5 Uhr: Musikstunde. — Mittwoch treffen sich die Unterkassierer Groß-Kreis-Ardo-Str. 2.

Aus dem Bezirk.

Merseburg. Arbeiter-Wohlfahrt. Mittwoch, den 14. Januar abends 7 Uhr: Nähstunde. Genossinnen und Frauen erscheint recht zahlreich Wahl eines Vorstandes.

Merseburg. Donnerstag, den 15. Januar 1925, abends 8 Uhr, im „Zivoli": Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Bericht der Stadtverordneten-Fraktion. Alle Mitglieder werden gebeten zu erscheinen.

Schkeuditz. Dienstag, den 13. Januar, abds 8 Uhr, im „Ratskeller": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Regierungsbildung und Sozialdemokratie. Redner Reichstagsabgeordneter Gen. Peterß (Halle). Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Greppin. Mittwoch, den 14. Januar, abds. 7 Uhr, im Lokal Fauauer: Genossenversammlung der Partei. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Bericht von der Unterbezirkskonferenz. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Sangerhausen. Sonntag, den 18. Januar: Flugblattverbreitung in der Stadt. Die Bezirksführer haben sich die Flugblätter bis Sonnabend beim Genossen Bachmann ab und benachrichtigen die Genossen ihres Bezirks.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Zentralverband der Angestellten. Ortsgruppe Eisleben. Dienstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" (Gesellschaftszimmer) Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wird sich mit Mitteilungen und Wahlen beschäftigen. Allseitiges Erscheinen erwünscht.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Jungkurm. Spielmannszug, Uebung im Gewerkschaftshaus. — Fünftige Musikspieler Freitag, 7½—8½ Uhr Uebung zum Werbeabend im Gewerkschaftshaus. Erscheint pünktlich.

Ortsgruppe Röcheln. Sonntag, den 18. Januar, im Gasthaus „Moritz Hirsch" (Gebäude) Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. — Mitgliedskarte dient als Ausweis. 141

Ortsgruppe Leimbach. Sonntag, den 18. Januar: Werbeabend, wozu alle benachbarten Ortsgr. und Gäste herzlichst eingeladen sind.

Reisende
für Stadt und Land zum Verkauf meiner **pa. Seifen und Seifenpulver** an Private sofort gesucht. Es mögen sich nur Damen und Herren melden, die durch Beziehungen in der Lage sind, Unterkundenstand mit beschäftigen zu können. 258
Allerhöchste Verdienstmöglichkeit.
F. Walther Ebert
Chem. und Seifenfabrik.
Halle-Trotha, Bahnhofstraße 3.

Bügelbinder
Kl. Berlin 2
Stück 25 u. 35 ₰ 257

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren.

265

Stadt-Theater.
Dienstag, abends 7½ Uhr: **Schwanenweiß.** Schwanenweiß: Voß. Prinz Andersen. Stiefmutter: Boehmer. Herzog Keramann. Königin: Böhmer.
Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Barbier von Bagdad.** mit den Damen Böhmer, Voß-Andre, den Herren: Andersen, Grimm, Kathammer, Rösler.

Gastwirtschaft „Zoolog. Garten"
Heute, Dienstag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, findet der **11. Tanzsportabend** statt. Musik von der bel. Kapelle. Eintritt 1.— Mk. Abonnenten von Wittekind u. Zoo halbe Preise.
Sonnabend, 14. Febr.: **Saal frei!**

Kurhaus Wittekind
Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr: **Grosses Kaffee-Konzert** ausgef. vom ges. Wittekind-Orch. Ltg.: B. Plätz. Abends 8 Uhr: **Gesellschaftsabend mit Tanz.** f. Karteninhaber.

Sohlen. - Ausschnitt, prima Kernware 2 Lederhandlung **Fritzsche** Sternstrasse 6

Stark-Bier-Brauverbot ist mit 2.1.25 aufgehoben!
Drei Eff Doppel-Bock
kommt in diesem Jahre nur
Doppeltstark
eingebraut zum Ausstoß!
Freyberg-Brauerei
gegr. 1516

Wo sollst Du kaufen?
Nur bei unseren Inserenten!

Koch's Künstlerspiele
„Bunte Bühne" Bes.: A. Koch, Jägergasse 1
mit dem unstreitig größten
Varieté- und Kabarett-Programm!
18 Mitwirkende nur bew. Künstler
Eintritt 1,40 und 1,80 Mark
Vorzugskarten gültig
Alles staunt! Alles bewundert die Leistungen einer führenden
Kleinkunstbühne!
Gute Küche! Zivile Preise!
Ab heute Ausschank von
ff. Bockbier! 262

Deutscher Baugewerks-Bund
Baugewerkschaft Hettstedt.
Sonntag, den 18. Januar, nachm. 3 Uhr, im Gasthof „International"
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.
Zahlreicher Besuch ist Pflicht 256
Der Vorstand.

Volkspark
Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter
Kauft nur bei unseren Inserenten!

Trauringe mod. Fassons kauft man billigst bei **Amand Weiss,** Kleinschmieden 6. Reparaturwerkstatt f. Uhren u. Goldwaren 263

Kenny Porten
Gräfin Doneill.

Ich empfehle besonders
la Schweinskopf . 1 Pfd. **45 ₰**
Ferner: 269
Für Liebhaber ein Genuß!
Prima! Prima!
Schnauzen
viel Fleisch ohne Knochen
1 Pfund nur 65 ₰
Die Ware liegt in meinen Schaufenstern zur Besichtigung aus.
Albert Knäusel
Butter-, Fleisch- und Wurstwaren.
Filialen in allen Stadtteilen.

Karneval 1925
Ein jeder findet die richtige Auswahl in
Gesichtsmasken u. Kopfbedeckungen
als auch Scherzartikel, Girland. und Saal-Dekorationen bei
Albin Hentze,
Schmeerstraße 24.

Möbel auf Teilzahlung
ohne jede Anzahlung!
Bettstellen, Matratzen, Küchen-Büfetts, Anrichten, Eimerschränke, Tische, Stühle, Kleiderschränke, Ledersofas, Plüschsofas, Korbmöbel, Ausziehtische, Trumeau-Spiegel usw. liefert
Herm. Liebau
Halle a. S.
Merseburger Str. 22 Telefon 3617 261

RASIEREN für immer **UNNÖTIG**
Eine sensat. Erfindung. Gold. Med. Enthaarungsmittel „Salutol"
„Salutol" ist ein chemisches, unschädliches Produkt, welches jeden sichtbaren, lästigen Haarwuchs, durch chem. Zersetzen der Haare sofort radikal u. schmerzlos entfernt. „Salutol" leistet jedermann unschätzbare Dienste. Einsender erhalten Prospekt und Probe. Rückporto beifügen. Wiederverkäufer allerorts gesucht v. Generalvertrieb
F. Blöder, Hamburg 6/421, Bartelsstr. 65 8

Dürme
aller Art, sortiert u. Original, prima baltische Schweinekrausen und Fettenden sehr billig. Einkauf von kl. Schweinedärmen, Hammel- und Ziegenpaltlingen.
Darmhandlg. **Paul Ehrich,**
Merseburger Straße 2. 249

Fahrräder Nähmaschinen, Wringmaschin.
billigste Preise
Fahrrad-Haus,
Gr. Klausstr. 7.

Kleine Anzeigen
wie
Käufe
Verkäufe
Stellengesuche
Stellenangebote
Wohnungsgesuche
Heiratsgesuche
Tauschgesuche
Geldgesuche
haben im
„Volksblatt"
großen Erfolg!

Alle Drucksachen
liefert die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Preisnachlaß!

Von diesem fast seit einem halben Jahrhundert erscheinenden offiziellen beliebten **Kalender der SPD.** ist von der **Ausgabe für 1925** noch eine erhebliche Auflage vorhanden. Wir liefern den Kalender nunmehr zu dem auf
50 Pfennig
ermäßigten Preis durch unsere Austräger oder auch portofrei an jede uns aufgegebene Adresse. Durch die Post gegen Einsendung von 50 Pfg. — Bei Partiebezug zum Wiederverkauf 45 Pfg. —
Bestellungen erbeten an die
Volksblatt-Buchhandlung,
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27.

Komm her, mein Freund!
Dir verdanke ich die schmerzlose und unblutige Entfernung meiner Hühneraugen. Du hast mich auf die Wichtigkeit der Fußpflege und die Wohltaten des mir unentbehrlich gewordenen Kukirol-Fußbades hingewiesen. Nun will ich auch die Wohltaten des Kukirol-Streupuders genießen.
Kukirolen auch Sie!
„Kukirolen" bedeutet: Zweckmäßige Fußpflege treiben. Dazu gehören:
1. Das wohltuende Kukirol-Fußbad. Es reinigt, kräftigt und hält die Füße warm und trocken.
2. Der desinfizierende, üblen Schweißgeruch beseitigende Kukirol-Streupuder.
3. Das millionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster. Auch gegen Hornhaut, Schwielen und Warzen mit bestem Erfolg anzuwenden.
Kukirol-Fabrik Groß-Salze bei Magdeburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250113-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. Januar 1925.

Deutschnationaler Steuerhinterzieher und Schieber verhaftet.

Stahlhelmtropfen — bittere Tropfen.

Die deutschnationale Presse entrüstet sich in letzter Zeit ganz besonders über den „Fall Barmat", der ihr als ein willkommener Anlaß zur Ablenkung von ihren eigenen Durchstechereien dienen soll. Wie die Kommunisten mit ihren Schimpfereien das 4000-Goldmark-Konto Wilhelm Koenens bei Barmat, so wollen die Deutschnationalen mit ihrem Geschimpfte auf sozialdemokratische führende Persönlichkeiten von ihren Prominenten ablenken.

Wie wir soeben erfahren, ist der durch die Fabrikation von „Stahlhelmtropfen" rühmlichst bekannte Spritfabrikant Ruschke in Halle-Diemitz **wegen Steuerhinterziehung und Beteiligung an Spritschiebungen verhaftet** worden. Die Diskonto-Bank, die für diesen nationalen Giftmischer Bürgschaft geleistet hatte, ist vom hiesigen Finanzamt zur Zahlung größerer Steuersummen, die Ruschke hinterzogen hatte, gezwungen worden. Ihre Verluste sollen etwa 140 000 Mk. betragen. Auch die Darmstädter Bank ist mit einem größeren Betrag beteiligt. **Insgesamt soll es sich um mehrere hunderttausend Mark handeln, um die Ruschke verschiedene nationale Geldleute und Geldinstitute geschädigt hat.** Der Bankdirektor Reiche von der Darmstädter Bank, dessen Verhaftung ebenfalls geplant war, konnte noch rechtzeitig flüchten.

Wir werden in der nächsten Nummer noch nähere Mitteilungen über diese völkisch-deutschnationale Skandal- und Betrugsaffäre bringen.

„Schmiede."

Im Biophon-Theater in der Großen Ulrichstraße konnten wir gestern in einer Sondervorstellung vor geladenem Publikum den Propagandafilm „Schmiede" sehen. Es ist dies ein Film, der von den Nöten und Sorgen, den Kämpfen und Siegen der organisierten Arbeiterschaft handelt. Eine gewisse Tendenz ist der Handlung zugrunde gelegt: der Schutz der menschlichen Arbeit gegen Ausbeutung durch lange Arbeitszeit und schlechte Entlohnung. Der Achtstundentag, dieses jetzt wieder im Mittelpunkte der Wirtschaftsfragen stehende Streitobjekt zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft, findet hier wohl zum ersten Male eine dramatische Behandlung. Es ist daher zu begrüßen, daß dieser Film die Anerkennung der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gefunden hat und von dieser Stelle aus den Gewerkschaften in den einzelnen deutschen Städten dringend anempfohlen wurde, für die Aufführung dieses Films Sorge zu tragen. Der Ortsausschuß Halle des ADGB. und das hiesige Afa-Kartell sind dieser Anregung gefolgt. Sie traten an die Inhaber der hallischen Großkinos mit dem Ersuchen heran, den „Schmiede"-Film auch in Halle aufzuführen. Die Verhandlungen zeigten aber, daß bei den führenden hiesigen Kinos keine Geneigtheit dazu vorhanden war, und zwar dürfte es die dem Film innewohnende Tendenz sein, die den ablehnenden Bescheid bestimmt, wenn auch andere Gründe angegeben wurden. Wir haben aber wiederholt schon die Beobachtung machen und dies auch öffentlich festnageln müssen, daß entgegengesetzte Tendenzfilme dem zu drei Vierteln aus Arbeitern bestehenden Besuchern sehr gerne gezeigt wurden. Demnach scheint es so, als ob die besitzende Bürgerschaft Halles die Kassenmoral der hiesigen Kinos durch ihren Besuch bestimmt oder aber, wenn man annimmt, daß das Arbeiterpublikum den Stamm der Kinobesucher bildet, daß dieses seitens der Kinoinhaber als urteilslose Masse betrachtet wird.

Die ablehnende Haltung der größeren Kinos in Halle versetzte den von den Gewerkschaften eingesetzten Ausschuß in die Zwangslage, die Aufführung anderswo zu ermöglichen. Es wurde auch an den „Volkspark" gedacht, aber da kam die Baupolizei wieder mit ihrem Einspruch „aus feuergefährlichen Gründen". So blieb denn nichts anderes übrig, als das Biophontheater in der Gr. Ulrichstraße zu nehmen, das von den kleineren Theatern immer noch das größte ist und 200 Sitzplätze faßt. Hier sollen nun in der Zeit vom 12. bis 18. Februar die Vorführungen des proletarischen Propagandafilms „Schmiede" stattfinden. Das Nähere wird in der nächsten Zeit noch bekanntgegeben.

Der Film „Schmiede" kann sich getrost neben den übrigen modernen Filmen besserer Qualität sehen lassen. Die Handlung ist klar und verständlich, mitten aus dem Proletarierleben herausgegriffen. Der Verfasser hat es verstanden, packende und erschütternde Szenen ungekünstelter Leidenschaften aneinanderzureihen. Dem Regisseur Martin Berger ist es gelungen, die vielen geeigneten schauspielerischen Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen, die auf der weißen Wand das hohe Maß ihren Könnens erblicken lassen. Der Schmied Arnold, von Rudi Essek dargestellt, steht im Mittelpunkt der Handlung; er ist der ideale Typ eines Arbeiters, dessen edle Gesinnung und eiserne Energie ihn zum Führer der Arbeitskollegen macht. Um ihn gruppieren sich die vielen anderen Personen, deren Handlungen vom Regisseur geschickt ineinandergeflochten sind: die besorgte Mutter, die beiden Schwestern, von denen eine in ihrem Leichtsinn das Opfer eines Lüstlings wird, die Familie des Schuhmachers Daehn und andere. Die szenische Ausstattung zeigt uns die gewaltigen Fabrikanlagen eines Riesenbetriebes, in dem fleißige Hände unter der Aufsicht eines nach unten brutalen, nach oben kriecherischen Beamten arbeiten. Am Ende der Handlung stehen drei glückliche Paare, aber, was noch mehr ins Gewicht fällt, der Sieg der in Einigkeit und Geschlossenheit um ihr Menschenrecht kämpfenden Arbeiterschaft.

Dieser Film wird, wie in den anderen Städten, wo er bereits mit ungeheurer Begeisterung wochenlang aufgeführt wurde, auch in Halle seinen Siegeszug machen. Für eine entsprechende Anzahl Vorstellungen ist Sorge getragen. Niemand versäume, sich dann den Film „Schmiede" anzusehen.

Das Gute hat Bestand.

Es gab eine Zeit, wo Agenten und Generalagenten der sonst so zahlreich vertretenen Versicherungsgesellschaften unseren Wohnungen fern blieben, da in den letzten Jahren der Inflation es die privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften nicht mehr für lohnend hielten, ihre Unternehmen aufrechtzuerhalten. Die Folge davon war, daß die bei diesen Gesellschaften Versicherten nun zusehen mußten, wie ihre Policen immer wertloser wurden. In Tausenden von Fällen konnten die Auszahlungen bei Sterbefällen nicht mehr erfolgen, selbst wenn schon jahrzehntelang die Prämien entrichtet waren. Daß es aber auch anders im Interesse der Versicherten gemacht werden konnte, hat die gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge bewiesen. Trotz Inflation und Umstellung in der Währung hat die Volksfürsorge ununterbrochen ihren Versicherten die Möglichkeit gegeben, ihre Prämien zu entrichten, und sie hat dadurch jederzeit einen angemessenen Versicherungsschutz gewährleistet. Wie wertvoll die von der Volksfürsorge ergriffenen Maßnahmen für die Hinterbliebenen der bei ihr Versicherten sind, kann durch zahlreiche Beispiele erwiesen werden. Groß und mächtig und zur größten deutschen Volksversicherung ist die Volksfürsorge bereits geworden; aber noch gibt es viele, die den Wert für die Allgemeinheit und die Vorteile für den einzelnen Versicherten zu wenig erkennen. Nur Unkenntnis steht noch abseits oder versichert sich wieder bei anderen Unternehmungen. Wenn zahlreiche Agenten der verschiedensten Versicherungsunternehmungen bereits wieder ihre Tätigkeit beginnen, so sollte ganz besonders die Arbeiterschaft in ihrem eigenen Interesse erkennen, daß die Volksfürsorge ihre selbstgeschaffene Einrichtung ist, die, wie die Tatsachen beweisen, größte Vorteile bietet. Der Versicherungsschein der Volksfürsorge gehört in jede Wohnung.

Neues von Herrn Pastor Bach.

Noch schicken viele Eltern ihre Kinder zum sogenannten Konfirmandenunterricht. Außer der Macht der Gewohnheit spielt dabei auch das Benehmen der Arbeitgeber eine Rolle, da sie regelmäßig die Lehrstelle verweigern, wenn es sich um einen Dissidenten handelt. Herr Pfarrer Bach geht aber noch weiter. Er will das Fortkommen seiner Konfirmanden schon dann behindern, wenn sie einmal von seinem Unterricht befreit sein möchten, um sich einer experimentellen Prüfung zu unterziehen, die von dem hiesigen Arbeitsnachweis eingerichtet und mittels der Schule den Kindern zugänglich gemacht wird. Er droht nämlich, diejenigen nicht konfirmieren zu wollen, die dieser Prüfung wegen den Konfirmandenunterricht versäumen.

Oh, daß die Blinden sehend werden möchten!

Völkische Propaganda im Aerztewartezimmer.

Einen schönen Nebenberuf hat Graf Wilhelm von Schlieffen den praktischen Aerzten in lockende Nähe gerückt. Der Herr Graf ist nämlich selbst im Nebenberuf Mitglied einer G. m. b. H. zur Herausgabe von „Deutschlands vornehmster Zeitschrift". Das Ding nennt sich „Deutscher Adel von Geist und Geburt". Auf dem Titelblatt des Prospektes reitet der alte Fritz auf einem Schimmel, eine Kaiserkrone wird von einem Räucherfaß und einem Weinglas „eingerahmt", die berühmte gepanzerte Faust ist etliche Male vertreten, die Gralstaube fliegt mit dem stolzen Adler um die Wette, und der Fuß der Randleiste will mit der Darstellung von zwei mit ihren Turnierlanzen gegeneinander anrennenden Rittern wahrscheinlich andeuten, daß auch in dieser neuen völkischen Zeitschrift der frisch-fröhliche Kampf der von Geist und Geburt Adeligen untereinander weitergeführt wird. Im übrigen enthält der Prospekt den bekannten Kohl, der auf dem Mist der Junker wächst und mit dem uns die Sippe schon einmal in „Deutschlands größter Zeit" gefüttert hat.

Dieser Prospekt ging vielen Aerzten zu. Ein Begleitschreiben erläuterte näher, was deutscher Adel von Geist und Geburt heißt: „Wir empfehlen Ihnen, in Ihrem Wartezimmer unseren Prospekt auszulegen und die Bestellzettel in der linken oberen Ecke mit Ihrem Stempel zu versehen. Wenn dann darauf Bestellungen erfolgen, so schreiben wir Ihnen 10 Prozent für jede bezahlte Nummer gut.

Die Aerzte werden also imstande sein, ihren Pflegebefohlenen nicht nur Aspirin und Karlsbader Salz zu verabreichen, sondern sie können ihnen auch die Segnungen deutschen Geistes und Blutes zuteil werden lassen und an jeder Nummer 10 Prozent verdienen.

---

* **Arbeitgebervertreter-Wahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse.** Die Vertreter der Arbeitgeber der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Halle werden am Sonntag, dem 18. Januar 1925, gewählt. Die Wahlvorschläge, die eingereicht sind, liegen in der Zeit vom Montag, dem 12. Januar, bis Sonnabend, dem 17. Januar, in den Geschäftsräumen der Allgemeinen Ortskrankenkasse, Zimmer 2, während der Verkehrszeit zur Einsichtnahme aus. Für die Arbeitgeber die sozialdenkend sind, kommt der Wahlvorschlag 1 in Frage, beginnend mit dem Namen Emil Koch.

* **Noch immer keine Senkung der Fleischpreise.** Unter Berücksichtigung der gegenwärtig am Schlacht- und Viehhofe notierten Fleischpreise sind für den Kleinhandel mit Frischfleisch und Wurstwaren aus reinem Schweinegut in der laufenden Woche folgende Preise als angemessen zu betrachten: Rindfleisch: Brust- und Bauchfleisch 0,80 bis 1 Mk., Keule 1,10 bis 1,30 Mk. Kalbfleisch: Schnitzel 1,70 bis 2 Mk., Keule 1,10 bis 1,20 Mk. Hammelfleisch: Koteletten 1 bis 1,10 Mk., Kochfleisch 0,90 bis 1 Mk. Schweinefleisch: Keule 1,30 bis 1,50 Mk., Koteletten 1,20 bis 1,50 Mk., Bauch 1,20 bis 1,40 Mk. Schinken (im Aufschnitt) 2 bis 3 Mk., Speck (ger.) 1,40 bis 1,50 Mk., Schweineschmalz 1,40 bis 1,50 Mk., Blutwurst 1,40 Mk., Leberwurst 1,40 Mk., Knackwurst 1,60 bis 1,70 Mk., Mettwurst 1,60 bis 1,70 Mk., Zervelatwurst 2 bis 3 Mk.

* **Der Kinderfreund im „Häuschen".** Aus unserem Leserkreise wird uns geschrieben: Am 5. Januar entstand nachmittags vor dem Hause Merseburger Straße 23 ein großer Menschenauflauf. In dies Haus hatte sich ein von einer großen Kinderschar verfolgter sechzigjähriger Mann geflüchtet und in einen Abort hoch im Hinterhause eingeschlossen. Der Rohling, ein gewisser Rabe, hatte sich an einem vierjährigen Mädchen in der Turmstraße vergangen. Die herbeigerufenen Polizeibeamten suchten das Haus flüchtig ab, fanden den Versteckten jedoch nicht. Als später Hausbewohner beobachteten, daß der Versteckte die Gardine im Klosett vorsichtig hinausspähend lüftete, rief man vorbeireitende Polizeibeamte herzu und nun gelang die Festnahme. — Es ist doch merkwürdig, daß der sonst bei allem möglichen Kleinkram so gewissenhafte Polizeibericht von diesem Vorgang nichts zu berichten gewußt hat.

* **Die neue Krankenversicherungsgrenze.** Durch die Verordnung vom 10. Januar 1925 hat der Reichsarbeitsminister die Versicherungspflichtgrenze für Angestellte usw. in der Krankenversicherung und die Einkommensgrenze für den freiwilligen Beitritt zur Krankenversicherung auf 2700 Reichsmark jährlich festgesetzt. Die Verordnung ist am 12. Januar 1925 in Kraft getreten. Die Meldefrist für solche Personen, die durch diese Verordnung der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, ist bis zum 1. Februar 1925 erstreckt worden.

* **Sonderzug nach Oberhof.** Wie uns von der Reichsbahndirektion mitgeteilt wird, liegt in Oberhof 15 bis 20 Zentimeter Schnee und bei 6 Grad Kälte Rauhreif. Der Sonderzug am 18. Januar fährt bestimmt.

* **„Weltenraumkälte und Sonnenwärme"** heißt der Titel des volkstümlichen Experimental-Schauvortrags, den der durch seine Veranstaltungen in aller Welt bekannte Physiker Stadthagen (Berlin) am 14. Januar, abends 7½ Uhr, im „Neumarktschützenhaus" halten wird. Es steht ein nicht nur interessanter, sondern auch hoch belehrender Abend bevor.

* **Kurhaus Wittekind.** Morgen, Mittwoch, nachmittag 4 Uhr: Kaffeekonzert. Musik vom Wittekind-Orchester. 8 Uhr abends: Gesellschaftsabend mit Tanz.

* **Das Bier floß in Strömen. . . .** Gestern vormittag gingen in der Wegscheiderstraße die Pferde eines Brauereigespanns durch. In der Zwingerstraße wurde der Wagen gegen die rechte Bordsteinkante geschleudert, wodurch das rechte Hinterrad zerbrach. Etwa 15 Kasten Bier wurden auf die Straße geworfen und hierbei ein großer Teil der Flaschen zertrümmert, so daß das Bier auf die Straße floß. — Ob das „Durchbrennen" eine Wirkung des 16prozentigen Starkbieres war, das die zertrümmerten Flaschen enthielten, besagt der Polizeibericht nicht.

* **Störung im Straßenbahnverkehr.** In der Merseburger Straße brach gestern abend das rechte Hinterrad eines mit Asche beladenen Lastwagens. Der Wagen kam auf die Schienen der Fernbahn Halle—Merseburg zu liegen, wodurch im Straßenbahnbetrieb eine Stockung von etwa einer Stunde eintrat. Die Feuerwehr mußte herbeigerufen werden, um in einstündiger angestrengter Arbeit das Verkehrshindernis zu beseitigen.

* **Das Einschlagen von Schaufensterscheiben,** das in letzter Zeit ein wenig nachgelassen hat, scheint leider wieder um sich zu greifen. Wie gestern, so meldet der Polizeibericht heute abermals über eine solche Untat: In der Nacht zum 13. Januar gegen 2 Uhr wurde in dem Uhrwarengeschäft Ludwig-Wucherer-Straße 19 die Schaufensterscheibe eingeschlagen und der Inhalt des Schaufensters im Werte von etwa 400 Mk. gestohlen.

* **Die Feuerwehr** wurde am Montag gegen 5 Uhr nachmittags nach dem Grundstück Prinzenstraße 12 gerufen, wo in einer im dritten Stock gelegenen Wohnung ein Wohnzimmer in Brand geraten war. Nach etwa zweistündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Der Sachschaden ist erheblich. Abends gegen 8 Uhr mußte die Feuerwehr erneut ausrücken, und zwar war in dem Grundstück Wielandstraße 22 im dritten Stock durch Ueberheizen eines Badeofens ein Brand entstanden, der aber beim Eintreffen der Feuerwehr schon durch Hausbewohner gelöscht war.

* **Unfälle auf der Straße.** Am Montag gegen 1 Uhr nachmittags wurde in der Schlosserstraße ein 4½jähriger Knabe von einem Radfahrer angefahren und einige Schritte weit mitgeschleift. Der Knabe trug an der linken Kopfseite Hautabschürfungen davon. Der Radfahrer, den die Schuld trifft, da er übermäßig schnell fuhr und keine Glockenzeichen abgab, wird zur Anzeige gebracht. — Gegen 10 Uhr vormittags kam in der verlängerten Krausenstraße eine Kraftdroschke infolge des schlüpfrigen Straßenpflasters ins Schleudern und geriet auf den Bürgersteig. Hierbei wurde ein Baum umgefahren und ein zweiter beschädigt. Der Kraftwagen trug starke Beschädigungen davon. — In der Geiststraße, Ecke Fleischerstraße, fuhr gegen 2 Uhr nachmittags ein Fuhrwerk, dessen Pferd scheute, gegen einen Straßenbahnwagen. Hierbei wurde der Straßenbahnwagen leicht beschädigt, während Personen nicht verletzt wurden.

Könnern Aus der Partei. Am Sonntag fand die erste Mitgliederversammlung des Ortsvereins der Sozialdemokratischen Partei im neuen Kampfjahre statt. Der Vorsitzende begrüßte die Genossinnen und Genossen und wies auf die schweren Kämpfe hin, die die Partei hinter sich und die sie glänzend bestanden hat: er betonte aber auch, welch schwere Kämpfe noch bevorstehen. Sodann gab Genosse Schlüter einen Bericht über die Tätigkeit der Stadtverordneten. Ausgehend von der Auflösung streifte er alle wichtigen Momente, unter anderen auch das arbeiterschädigende Verhalten der Kommunisten in der Stadtverordnetenversammlung. Ferner teilte er mit, daß die Fraktion verschiedene Anträge zur Linderung der Wohnungsnot eingebracht hat. Schon die nächste Stadtverordnetenversammlung soll beschließen, zwei Vierfamilienhäuser zu bauen. Die Fraktion, so führte er weiter aus, wird alles versuchen, der arbeitenden Klasse gerecht zu werden. An der Aussprache beteiligten sich die Genossen Pommer, Neupert, Dietich, Albrecht, Lehmann. Von allen Genossen wurde die Arbeit der Fraktion gutgeheißen. Sodann sprach Genosse Schaumburg (Halle) über: „Die Regierungskrisen und die Sozialdemokratie!" Er betonte besonders, daß es die angeblich nationalen Parteien wären, die die Parteiinteressen vor die des Vaterlandes stellen, vor allem ist es die Partei Stresemanns, die dem deutschen Volke die Regierungskrisen gebracht hat. Er schloß mit der Ermahnung der Parteigenossen, die kommende Zeit dazu zu benutzen, der Partei neue Streiter sowie der Presse neue Leser zuzuführen, damit die Partei aus den nächsten Kämpfen noch gestärkter hervorgeht. Die Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Die Versammlung beschloß, die vom Bezirk angeregte Agitation am kommenden Sonntag abzuhalten. Ferner wurde beschlossen, um dem Wunsche nach Geselligkeit gerecht zu werden, ein Wintersest abzuhalten, und zwar am Sonnabend, dem 14. Februar. Mögen die Parteigenossen schon heute dafür werben, um diesen Abend zu einem Erfolg für die Partei zu machen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß am kommenden Sonntag ein jeder für die Partei seine Pflicht tut.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Verbranntes Maulwerk. Vor dem Schöffengericht standen fünf Prahlhelm-Helden: der Lehrer Kurt Dennhardt, der Bureauangestellte Karl Höch, der Justizobersekretär Otto Ramthor, der Schneidermeister Ed. Passon und der Diplom-Landwirt Otto Martin. Mit anderen zusammen waren sie am 17. August vorigen Jahres, also zu einer Zeit, wo unbedingtes Umzugsverbot bestand, in wilhelminisch genehmigter Marschordnung von der Prahlhelmfahnenweihe in Seeben nach unserem schönen Halle gezogen. Die Schupo hatte für diese echt nationale Kundgebung kein Verständnis und löste den Zug auf. Dennhardt übergab auf der Polizeiwache mit Feldherrngeste die Führung dem Landwirt Martin und dieser verfaßte den Kriegsbericht für die Gauleitung des Stahlhelms. In diesem wurde u. a. den Schupobeamten ein Verhalten vorgeworfen, das dem von Ochsenknechten entspreche. Da Dummheit und Unverschämtheit stets Hand in Hand gehen, kam der Brief ausgerechnet durch Martin selbst in die Hände der Frau Justitia. Nun müssen die vorlauten Helden berappen, und zwar laut Urteil: Dennhardt 100 Mark, Höch (der bei seiner Festnahme Widerstand geleistet hatte) 60 Mark, Passon und Martin je 10 Mark. Von einer Bestrafung des Beamtenbeleidigers Martin für dieses Delikt sah man ab, weil der Brief „in Wahrnehmung berechtigter Interessen" nur für die Pressestelle der Organisation Martins bestimmt gewesen sei.

Ein Opfer noch nicht abgebauter Potentatenherrschaft. Fast zu einem Film-Manuskript über das Thema der Hofintrigen reichte aus, was in der Verhandlung gegen die ehemaligen Beschließerin der Fürstin Pauline zu Wied, Neuwied am Rhein, Fräulein Hildegard Kolbe zur Sprache kam. Diese gute Seele war ein Jahr dort tätig gewesen. Als die alten Leute des Ortes, die 1923 in dem besetzten Orte sonst keine Milch kaufen konnten, ihren Viertelliter bei der Hofhaltung „Ihrer Durchlaucht" beziehen durften, gab ihnen auf ihre dringenden Bitten die K. gegen Bezahlung einen Viertel Liter mehr. So gab man der Angeklagten den Anlaß zum Diebstahl, da die Herrin für den „Hof" Sahne benötigte, was wichtiger sein soll, als alten und schwächlichen Volksgenossen ein wenig mehr Milch abzugeben. Der bedauernswerte Sekretär der „Christin" errechnet in seiner von oben bestellten Strafanzeige knappe 2 Liter als Verlust, die K. gibt selbst 20 bis 25 Liter zu. Nun kommt das Schlimmste. Die K. hatte zu bestimmen, was mit den abgenutzten „durchlauchten" Wäschestücken zu geschehen habe. Es wurden aus Hälften ganze gemacht. Die Lumpen gehörten der Schneiderin. Diese nahm kein Aergernis daran, daß die K. einige solcher Fetzen an die allezeit bedürftigen Angestellten verschenkte. Diese bekamen z. B. im September 1923 Gehälter, die die Kosten für zwei Brief monatlich deckten. Auch einige Meter Nessel verschenkte die K. an eine Gehilfin dieses Hofes. Ein bißchen Möbelplüsch, einige Meter Kleidertuch und von Fürstenködern beschmutzte, zerschlissene seidene Plumeaubezüge als Futter hat sie sich eingestandenermaßen angeeignet. Das Bild dieser Hofhaltung wäre unvollständig, wenn nicht eine Kammerfrau erwähnt würde. Diese einige 40 Jahre zählende Vertraute hat, nach Angabe der K., Oelgemälde ihrer Herrschaft nach München verschoben. Die Durchlaucht weiß das, unternimmt aber nichts gegen die alte Jungfer, die jedenfalls Wind weiß, wie das Volk sagt. Die diesbezüglichen Behauptungen der K. hat sie bei ihrer kommissarischen Vernehmung scheinbar verächtlich lächelnd ignoriert. Dafür aber der K. tüchtig eingeheizt. Mit viel Getöse leitete nun der Amtsanwalt unter Ironisierung der 1918er Volkserhebung, die an allem schuld sein soll, sein Plädoyer ein. Für das arme Opfer, das gute zwei Monate Untersuchungshaft ausgekostet hat, beantragte er einen Monat Gefängnis, der als verbüßt gilt. Das Gericht beschloß demgemäß. Eine Entschädigung für das Plus?

—e.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621925011З-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

An die Ortsvereinskassierer!

Abrechnungen einsenden:

Einige Ortsvereine haben die Vierteljahresabrechnung für Oktober-November-Dezember noch nicht eingesandt, trotzdem der Einsendungstermin bereits überschritten ist. Wir ersuchen daher die säumigen Kassierer dringend, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Abrechnung sofort einzusenden. Die Ortsvereinsvorsitzenden bitten wir, die Kassierer zur ordnungsgemäßen Erledigung ihrer Kassengeschäfte und sofortigen Absendung der Abrechnung anzuhalten.

Die Kassierer weisen wir ferner darauf hin, daß Beitragsmarken und sonstiges Material für die Kassenführung nur noch auf besondere Anforderung gesandt wird. Wir haben am 1. Januar absichtlich keine Marken geschickt, um ein unnötiges Ansammeln zu vermeiden. Wir ersuchen aber, die Marken stets frühzeitig genug anzufordern und damit nicht zu warten, bis die letzte Marke verbraucht ist.

Die Bezirksleitung der SPD. Halle.

Unterbezirkskonferenz Bitterfeld-Wittenberg.

Am Sonntag, dem 11. Januar, tagten in Gräfenhainichen im „Schützenhaus" die Delegierten der Ortsvereine der Kreise Bitterfeld und Wittenberg. Der rege Besuch zeigte, daß die alte Arbeitsfreudigkeit bei unseren Genossen wieder eingekehrt ist.

Genosse Reichstagsabgeordneter Peters hielt zunächst einen Vortrag über die politische Lage, der durch lebhafte Zustimmung der Delegierten unterstützt wurde. In treffenden Worten ging er nicht nur auf die politische Lage ein, sondern zeigte auch die wirtschaftlichen Verhältnisse auf. Der Referent schilderte weiter das Spiel des Kuhhandels zwecks Schaffung des Bürgerblocks. Als Vertreterin der Arbeiterklasse stellt die Sozialdemokratische Partei allein auf weiter Flur. Die Kommunisten, welche nur noch die Steigbügelhalter der Reaktion sind, haben kein Anrecht mehr, sich als Arbeiterpartei zu bezeichnen. Die Sozialdemokratische Partei wird trotz aller Schwierigkeiten stets gewappnet sein. Sie wird keinen Augenblick von dem Wege, der im Interesse der Arbeiterschaft einzuschlagen ist, abweichen. Unser äußer Kampf, nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, sondern mit geistigen Waffen, wird und muß zum Siege des Sozialismus führen.

Anschließend hielt dann Genosse Baum einen Vortrag über die Lehren der Wahlen. Er verwies auf die Erfolge an Hand von Tabellen und zeigte, in welcher Weise nun weiterzuarbeiten ist. Mancher gute Fingerzeig wurde dabei gegeben. Er erklärte weiter, daß wir unbedingt wieder dazu gelangen müßten, daß auch der letzte Parteigenosse sich wieder, wie vor dem Kriege, mit seiner vollen Kraft in den Dienst der Partei stellen müsse; dann würde es weiter aufwärts und vorwärts gehen zum Siege des Sozialismus. Es gilt nicht nur mit Worten, sondern durch die Tat für die Partei zu arbeiten.

Genosse Herzig sprach dann noch über die Presse, unsere beste Waffe. An der anschließenden Diskussion beteiligten sich die Genossen sehr zahlreich und wurde die Aussprache in größter Kameradschaftlichkeit geführt. Sie legte Zeugnis davon ab, daß auch in unserm Bezirke kein Mangel an geeigneten Kräften vorhanden ist. Manches Wissenswerte kam zur Sprache, was von den einzelnen Ortsvereinen in fruchtbringender Weise ausgenutzt werden kann. Alle Genossen waren einig in der Auffassung, daß sich unsere Partei auf dem richtigen Wege befindet und daß bei Fortführung dieses Weges es nicht mehr lange dauern kann, daß die Sozialdemokratische Partei auch in dem Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg allen voran die führende Partei wird.

Nach den ausgezeichneten Schlußworten der Genossen Peters und Baum konnte der Vorsitzende, Genosse Vogler, um 4 Uhr die Konferenz schließen, nachdem die Delegierten vorher gelobt hatten, alle Kräfte anzuspannen und durch die Tat der Partei zum Siege zu verhelfen, zum Wohle der gesamten Arbeitnehmerschaft.

Die Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt

im Dezember 1924.

Das Landesarbeitsamt berichtet:

Obwohl anziehende Preise und erleichterte Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung auf das Wirtschaftsleben belebend wirkten, erfuhr die Gesamtlage des Arbeitsmarktes eine nicht unwesentliche Verschlechterung. Der Rückgang des allgemeinen Beschäftigungsgrades überstieg im Großen und Ganzen nicht das der Jahreszeit entsprechende und durch Entlassungen in Saisonindustrien sowie durch den Fortfall des Weihnachtsgeschäftes zu Ende des Monats bedingte Maß. Doch kamen auch Schwankungen und Umstellungsprozesse in den Betrieben noch nicht völlig zum Stillstand.

Die Zunahme der Arbeitslosen war vor allem veranlaßt durch die Beendigung der Rohzuckerkampagne. Die Tätigkeit im Hoch- und Tiefbaugewerbe, die bei mildem Wetter in verhältnismäßig großem Umfange fortgesetzt werden konnte, erlahmte nach und nach. Auch in den Braunkohlenindustrien erfolgten Einschränkungen. Stärkere Entlassungen wurden gegen Ende des Monats ferner von den Tabakfabriken, der Schokoladenindustrie, von Konservenfabriken sowie im Verkehrsgewerbe vorgenommen. Hier und dort verminderte auch der Braunkohlenbergbau seine Belegschaften. Erhebliche Kündigungen sind zum Jahresende in den Betriebswerkstätten der Reichsbahn durchgeführt worden. Auffallend war ferner der Rückgang der Schuhindustrie (Erfurt, Weißenfels, Burg) und der Goldleistenfabriken.

Die Nachfrage nach Facharbeitern erfuhr im allgemeinen eine Zunahme, besonders auch in der Metall- und Maschinenindustrie, in der die Schwankungen der Arbeitsmarktlage allmählich abgenommen haben. Günstig blieb die Lage der Spinnstoff- und Papierindustrie sowie für Möbeltischler. Die übrigen Berufsgruppen wiesen wesentliche Rückgänge auf.

Die Verschlechterung der Gesamtlage kommt auch in den zahlenmäßigen Ergebnissen der Tätigkeit der öffentlichen Arbeitsnachweise zum Ausdruck. Der Zugang von Arbeitsuchenden betrug im Berichtsmonat 32 263 gegenüber 30 448 im Vormonat. Offene Stellen wurden im Dezember 18 858, im November 22 455 gemeldet. Die Zahl der Vermittlungen fiel auf 17 259 gegenüber 22 051. Ende Dezember waren bei den Arbeitsnachweisen noch 49 428 Arbeitsuchende vorgemerkt, Ende November 40 525. Die Höchstzahl der Arbeitsuchenden Mitte Februar 1923 betrug 117 484). Die Zahl der offenen Stellen belief sich zu den gleichen Terminen auf 1060 bzw. 1326.

Die Ziffer der unterstützten Erwerbslosen stieg von 21 258 am 1. Dezember 1924 auf 28 482 am 1. Januar 1925. Es entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 9628 (6674), Merseburg 10 569 (8876), Erfurt 3798 (2946) und den Freistaat Anhalt 4487 (3287). (Die Höchstziffer der unterstützten Erwerbslosen im verflossenen Jahre wurde am 13. Februar mit 95 563 erreicht.)

Merseburg. Stadtverordnetenversammlung. In der am Montag stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde an Stelle des ausgeschiedenen Kommunisten Fiedler der große Denker Paul Koch als Stadtverordneter eingeführt. Die Wahl des Vorstandes brachte mit Ausnahme des Schriftführers, wo an Stelle des „Völkischen" Rietze der „Volksparteiler" Lehrer Bremer gewählt wurde, die Wiederwahl des alten Vorstandes, als Vorsteher Lehrer Junker, als Stellvertreter Genosse Daniel. Nochmals fand eine rege Aussprache über die Regelung der Kosten für den Sanddurchbruch statt, bis endlich der Antrag des Genossen Daniel, eine gemischte Kommission einzusetzen, welche die Angelegenheit nochmals durchberaten soll, damit der Stadt sowie den Anliegern Recht geschehe, angenommen wurde. Der Aenderung des Fluchtlinienplanes an der Ecke Hallische und Lauchstaedter Straße wurde debattelos zugestimmt. Anders war es mit der Aenderung des Fluchtlinienplanes am Irrgarten. In geschickter Form hatte der Magistrat hierbei die Bewilligung eines Platzes für den Bau eines Kriegerdenkmals mit eingeflochten. Genosse Hirschfeld trat dem Antrag des Magistrats entgegen. Nicht Denkmäler aus Erz und Stein bedeuten eine Ehrung der im Kriege Gefallenen, sondern wenn man die soziale und wirtschaftliche Lage der Hinterbliebenen hebt und verbessert, erwirbt man sich den Dank der Mitwelt. Er beantragte Abstimmung in zwei Teilen, getrennt über die Aenderung des Fluchtlinienplanes und die Bewilligung des Denkmalsplatzes. Dem Fluchtlinienplane stimmten unsere Vertreter zu, während die Bewilligung des Denkmalsplatzes nur mit den Stimmen der bürgerlichen Stadtverordneten angenommen wurde. Für städtische Notstandsarbeiten sollen weiter als Zuschuß für die Erwerbslosen 2000 Mark bewilligt werden. Genosse Kämpf begründet den Magistratsantrag und ersuchte die Stadtverordneten um Annahme desselben. Er erwartet aber, daß die Gelder nicht zu Planierungsarbeiten für das Husarendenkmal Verwendung finden. Stadtbaurat Zollinger stellte fest, daß nur für städtische Notstandsarbeiten die Gelder Verwendung finden. Gewisse Krüger beantragte dann auf Anregung des Magistrats, den Beschluß so zu fassen, daß die Summe bis zu 5000 Mark erhöht werden kann. Der Antrag wurde in dieser Form angenommen. Nachdem geheime Sitzung.

Merseburg. Schlechtere Verbindung nach Schafstädt. Seit Montag fällt Zug 2087 Merseburg (ab 1.40)—Schafstädt (an 2.18) werktags und Zug 2088 W Schafstädt (ab 8.58)—Merseburg (an 4.47) ganz fort. An ihrer Stelle werden die Züge 8756 Merseburg—Schafstädt und 8758 Schafstädt—Merseburg werktags wie folgt neu vorgesehen: Zug 8759 W: ab Merseburg 1.40, ab Knapendorf 1.55, ab Milzau 2.53, an Schafstädt 3.02. Zug 8758 W: ab Schafstädt 8.58, ab Groß-Gräfendorf 4.10, an Lauchstaedt 4.21, ab Lauchstaedt 4.36, ab Milzau 4.46, ab Knapendorf 5.05, an Merseburg 5.20. Zug 2087 Merseburg (ab 1.40) — Schafstädt (an 2.18) verkehrt also um 12. Januar an nur noch Sonn- und Feiertags. Man braucht demnach werktags mittags zu einer Fahrt nach Schafstädt drei Viertelstunden mehr Zeit.

Bernburg. Mitgliederversammlung. Am Sonntagnachmittag fand die Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe der SPD. statt. Genosse Kämpf (Merseburg) sprach über die politische Lage, und die rege Aussprache gipfelte darin, die jetzige Zeit auszunutzen, um neue Streiter für die Partei und Leser für die Zeitung zu werben. Die Ortsgruppe hat einen guten Aufstieg genommen, denn ein Dutzend Neuaufnahmen sind im letzten Quartal zu verzeichnen.

Sangerhausen. Wenn zwei dasselbe tun. Am 20. Juli 1924 sollte in Sangerhausen das Gewerkschaftsfest stattfinden. Es war ein Umzug geplant, zu dem aber die Polizei die Genehmigung versagt hatte. Die Bemühungen des Vorsitzenden Genossen Reich und des Genossen Scharfstädt, von dem Regierungspräsidenten in Merseburg telephonisch die Genehmigung zu erhalten, hatten den Erfolg, daß der Regierungspräsident erklärte, er wolle die Sache an den Landrat verweisen und dieser solle die Genehmigung erteilen. Als auf dem Festtage die Festteilnehmer sich auf dem Vorsitzplatz zum Umzug versammelt hatten, fehlte immer noch die Genehmigung. Ein Bote war nochmals zur Polizei geschickt worden, kam aber nicht zurück, zwei weitere Boten waren zum Landrat entsandt, aber dieser war nicht anzutreffen. Bei Ankunft dieser Boten — es war bereits ½8 Uhr geworden — hatte sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt und zog auf dem kürzesten Wege zum „Herzenkrug". Obwohl der Regierungspräsident Bergemann schrieb, er habe dem Landrat die Ermächtigung erteilt, wenn keine Bedenken vorlägen, den Umzug freizugeben, hat der Landrat davon keinen Gebrauch gemacht. Die Folge war ein Strafmandat für die Genossen Reich, Liebau und Scharfstädt, weil sie Leiter eines nicht genehmigten Umzuges gewesen sein sollen. Das wurde von diesen bestritten. Gegen die Strafbefehle legten sie Berufung ein, über die nun am Donnerstag das Amtsgericht verhandelte. Als Zeuge war ein Polizeibeamter erschienen. Dieser sagte aus, die Beamten hätten den Befehl erhalten, den Umzug mit allen Mitteln zu verhindern. Wer den Befehl erteilt hat, kam nicht zur Sprache. Nachträglich ist noch von anderer Seite verschiert worden, daß der Umzug auf der Kreuzung Göbenstraße erwartet und gestellt werden sollte und daß drei oder vier Schupobeamte bei Widerstand zur Waffe greifen sollten. Also hat man daran gedacht, die Sangerhäuser Arbeiterschaft in ein Blutbad zu locken. Anderen Herrschaften sind aber die unerlaubten Umzüge nachher doch gestattet worden, ohne daß sich jemand darum gekümmert hätte. Der erwähnte Zeuge will die Angeklagten Reich und Liebau nicht gesehen haben, wohl aber Scharfstädt, den er persönlich gut kenne und der auch bei der Feststellung erklärt habe, er sei der Veranstalter. Der Musikdirektor Kurt Hoffmann hat laut Protokoll ausgesagt, daß Reich, Liebau und Scharfstädt an der Spitze des Zuges gegangen seien. Also der Beamte hat keinen gesehen, aber der Kapellmeister. Dieser kann sich aber irren. Der Amtsanwalt beantragte gegen Scharfstädt 60 Mk., gegen Reich und Liebau je 5 Mk. Geldstrafe. Das Gericht verkündete folgendes Urteil: Scharfstädt wird mit 50 Mk., Reich und Liebau mit je 5 Mk. bestraft; die Kosten sind gemeinsam zu tragen. Das Gericht führte aus, es wäre nicht möglich gewesen, die Menschen, 600 an der Zahl, sofort auseinanderzubringen, aber es hätte die Musik gespielt, die Teilnehmer wären im Schritt geschlossen hinterher geschritten, auch wären aufgerollte Fahnen mitgeführt worden, und das wäre ein öffentlicher Aufzug. Eine böswillige oder trotzige Tat läge nicht vor, deshalb sei gegen die Angeklagten, die als Teilnehmer gelten, auf die geringste Strafe erkannt worden.

Wickerode. Genosse Hammer bestätigt. Der Landrat gibt im Amts- und Verordnungsblatt bekannt, daß er die Wahl des Amtsvorstehers Hammer zum Gemeindevorsteher bestätigt hat. Genosse Hammer stand für die Gemeindewahl vom 4. Mai an der Spitze unserer Gemeindevertreterliste, die mit 5 Mandaten den Sieg über die gegnerische Liste davontrug, der nur 4 Sitze zufielen. Als er daraufhin zum Gemeindevorsteher wiedergewählt wurde und seine Gegner sich in ihrer Hoffnung, ihn bei der Neuwahl zu beseitigen, betrogen sahen, setzten sie alle Instanzen bis zum Minister hinauf in Bewegung, um seine Bestätigung zu hintertreiben. Es gab wohl kaum eine Schlechtigkeit, die ihm nicht zu diesem Zwecke nachgesagt worden wäre. Ueber der Prüfung aller Anwürfe vergingen Monate. Den Herrschaften fehlte aber die Geduld, so lange auf die Bestätigung zu warten, zumal Genosse Hammer das Gemeindevorsteheramt ja als bisheriger Inhaber weiterverwaltete. Also machte man Himmel und Hölle mobil, um die Amtsentsetzung des Genossen Hammer zu erreichen. Aber es war alles vergeblich. Man hat mit der systematischen Zweiheit gegen den Genossen Hammer seine Bestätigung zwar verzögern, sie aber nicht verhindern können. Jetzt ist sie doch erfolgt. Und ganz Wickerode freut sich darüber. Nur bei den Herrn herrscht Katzenjammer.

Hackpfüffel. Reichsbanner-Gründungsfeier. Am Sonnabendabend beging die hiesige Reichsbanner-Ortsgruppe unter lebhafter Anteilnahme der Einwohnerschaft ihre Gründungsfeier. Von auswärts war eine größere Anzahl Kameraden der Ortsgruppe Sangerhausen als Gäste erschienen. Der Wolfsche Saal war u. a. mit schwarzrotgoldenen Fahnen und Bändchen recht nett ausgeschmückt. Die ausgezeichnete Musik hatte die hallische Reichsbanner-Kapelle gestellt. Der Vorsitzende, Kamerad Dietrich, begrüßte alle Erschienenen durch eine Ansprache aufs herzlichste. Die inhaltreiche, mit großem Beifall aufgenommene Festrede hielt Kamerad Wielepp (Halle). Umrahmt war beides von Musikvorträgen, Rezitationen und gemeinsamem Gesang republikanischer Lieder. Zwischenburch gab es neben einer Anzahl weiterer Ansprachen noch Vorträge ernsten und heiteren Inhalts. Den Schluß bildete der übliche Ball. Die zu allseitiger Befriedigung verlaufene Veranstaltung hat der Ortsgruppe Hackpfüffel alle Ehre gemacht und Zeugnis abgelegt von dem frischen Geist, der sie durchweht. Wie könnte es auch anders sein in einer Ortsgruppe, die volle 10 Prozent der gesamten Einwohnerschaft zu ihren Mitgliedern zählt! Frei Heil!

Teutsch. Die Hauptversammlung des Reichsbanners fand am Sonnabend im „Monopol" statt. Der 1. Vorsitzende Kamerad Kroll gab den Geschäftsbericht, dem der Kassenbericht, gegeben durch Kamerad Heller, folgte. Daran schloß sich eine lebhafte Aussprache. Kamerad Dr. Schulz erstattete einen Bericht über die Gautagung in Halle. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl des alten Vorstandes. Unter Punkt Verschiedenes wurde eine Entschließung, von Kamerad Schwahn eingebracht, angenommen, die folgenden Wortlaut hatte: „Gegenüber den Anwürfen der Kreisleitung des Stahlhelms stellt die Generalversammlung des Reichsbanners vom 10. Januar 1925 fest: Kamerad Landrat Raute hat sich durch seine unparteiische und unermüdliche Arbeit das Vertrauen aller Vertreten dieser Kunst kennenzulernen. Das war Jens Branding. Er zeigte ihr den Typ der großen Flimmerwelt. Er hatte etwas von den wildwestlichen Cowboys, deren Leben er auf die Leinwand gebracht hatte. Seine Firma war in Berlin, aber er fuhr von Paris nach München, weil er auf der Suche nach einem neuen Star war.

„Ich lasse den Ruhm unserer Damen nicht alt werden," sagte er und lachte Afra an. Ihr brannten die Wangen. Als er sie fragte, ob sie ihn in den Rauchsalon folgen wolle, stimmte sie zu. Bald saßen sie sich in weichen Sesseln gegenüber. Afra wurde ihrem schweren Erlebnis ganz entzogen. Sie beachtete nicht mehr, was es für sie hieß, Leon Rubiner verabschiedet zu haben. Sie wußte kaum, in welche Ungewißheit sie zurückkehrte. Auch Armaal fiel ihr jetzt nicht ein. Wohlig dämmernd lauschte sie dem Manne, der den großen Zug hatte. Ein Münchener Warenhausbesitzer spielte nur, was der Internationale Standinabier war. Afra hielt Jens Branding für ehrlich. Man trug die Kosten, wenn man sich auf ihn einließ. Man brauchte sich eben nicht auf ihn einzulassen. Sein lachender Mund lockte die Frauen und mahnte sie zugleich zur Vorsicht. Das war sein großer Reiz.

Er siedelte in Afras Coupé über. Sie erlaubte es ihm, denn sie fürchtete jetzt, allein zu sein. Sie bemerkte nicht daß es Jens Branding bis zum Abend gelang, alles Nötige von ihr zu erfahren. Daß sie mit einem Mann in Paris gewesen mit einem reichen und interessanten Manne, stand für ihn fest. Den Beweggrund ihrer rätselhaften Reise kombinierte er. Er schloß aus dem bürgerlichen „Fortbs" ihres Wesens, daß sie des Liebhabers nicht aus dem gewöhnlichen Grunde überdrüssig geworden war. Ein anderer Mann beherrschte sie nicht. Es mußte etwas Moralisches mitspielen. Sie hatte dem Herrn in Paris etwas übelgenommen, was sonst nur wirklich anständige Frauen übelnehmen.

Jens Branding war von rieser Begegnung bezaubert. Aber er war zu sehr Geschäftsmann, um im absoluten Gefühl zu verharren. Seine Verliebtheit nahm daher sehr bald die praktische Richtung. Er sagte sich: Was für ein wundervoller, neuer Typ. Das ist ein Vermächen für den Film. Dieses Gemisch von Aristokratie, Bürgermädel und Kokotte. Außerdem — persönlich kann ich mit meinen 42 Jahren nichts Besseres mehr finden. Sie ist naiv genug, um mir zu gehorchen, und hat schon so viel Raffinement, um eine große Karriere zu verstehen. An der deutschen Grenze was Jens Branding entschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

Das schöne Mädel.

41 Roman von **Georg Hirschfeld.**

XIX.

Im Speisewagen des Schnellzuges, der durch Frankreich nach dem Elsaß fuhr, saß ein etwa vierzigjähriger Herr, der eine verwöhnte Behäbigkeit merkwürdig mit sinnlicher Unruhe verband. Er glich einem Schauspieler, mußte aber aus einer tatkräftigeren Kunstwelt stammen. Seinem weiterfesten Gesicht und den dunklen Flackeraugen sah man manches gefährliche Abenteuer an. Das geschneitelte, angegraute Haar, das einen reizvollen Gegensatz zu der jugendlichen Frische des Mannes bildete, gab ihm zugleich etwas Schlichtes und Zuverlässiges. Jedenfalls konnte man zweifeln, ob man einen schlauen Theaterdirektor oder einen naiven Uebermenschen vor sich hatte.

Er rückte unruhig auf seinem Stuhl umher und wartete auf das Essen. Mit komischen Zorn blickten seine dunklen Augen zuweilen auf die französische Regenlandschaft hinaus. Wenn er die Mitreisenden betrachtete, kam ein leises Spottlächeln auf seine vollen Lippen. Er hielt sich an die Kognakflasche und stopfte dazu ein langes Weißbrot herunter.

Endlich kam die Suppe. Zugleich erschien eine junge Dame im Speisewagen, die sich mit sichtlicher Verlegenheit umsah. Alle Tische waren besetzt. Doch Afra hatte Hunger — auch im schwersten Konflikt wurde sie nicht von ihrem gesunden Appetit verlassen. So stand sie ärgerlich zwischen den Tischen. Der Oberkellner zuckte die Achseln — er hätte einer so schönen Dame gern einen Platz verschafft. Aber was tun. Afra hatte zu bestellen versäumt.

Da hafteten die ruhelosen Augen jenes Herrn an Afra. Er vergaß seinen Kognak, er ließ sein langes Weißbrot liegen. Verwundernd taxierte er Afra. Als er ihre Verlegenheit erkannte, winkte er dem Oberkellner und sagte: „Was fehlt Ihnen denn eigentlich? Der zweite Platz an meinem Tisch ist doch frei. Warum lassen Sie die Dame nicht den mir sitzen?" Der Kellner verspürte den Ton des großen Herrn und verbeugte sich lächelnd: „Pardon mein Herr — ich dachte, Sie erwarteten noch jemand. Meine Dame."

Afra durfte sich nicht besinnen. Sie grollte jetzt den Männern, besonders dem Schlage, an den sie wieder geriet — aber sie wehrte sich nicht. Bald saß sie dem Fremden gegenüber. Nach der Suppe gefiel er ihr ganz gut. Er saß schweigend zurückgelehnt, er schien sich nicht aufzudrängen. Scheinbar blickte er teilnahmslos umher, indem er mit der starken Hand auf der Tischdecke trommelte. Afra konnte ihn mit einiger Neugier betrachten. Dieser eigentümliche Mensch lenkte sie von ihren Gedanken ab. Er hatte etwas von einem schönen großen Jungen. Ein Typ des Frauenlieblings war er, ohne irgendwie weichlich zu sein. Afra hielt ihn für einen reichen Amerikaner.

Der Sozialismus in der Familie.

Ueber dieses sehr interessante Thema wird Genosse Schulz Mittwoch abend 8 Uhr in der Frauengruppe (Gewerkschaftshaus) einen Vortrag halten. Die Männer der Genossinnen sind gleichfalls herzlichst eingeladen, da der Referent höchst praktische, auch für die Haushaltsvorstände bemerkenswerte Vorschläge zur Verwirklichung des Sozialismus in der kleinsten Gemeinschaft, der Familie, zu machen hat.

Es ärgerte sie jedenfalls, daß sie sich schon wieder für einen Mann interessierte. Sie kümmerte sich im Verlaufe des Essens um ihr Gegenüber nicht mehr. Der Fremde gab sich nun dem Diner hin. Erst beim Dessert veränderte er seine Haltung. Plötzlich fing er Afra mit seinem Blick ein. Es war ein buchstäbliches Einfangen — Afra hatte nie dergleichen gespürt. Diese lachenden Feuerangen waren voll Liebreiz.

Er machte keine leere Konversation — was er sagte, hatte Inhalt. Zunächst erfuhr sie, daß ihr Reisegefährte kein Amerikaner, sondern ein Däne war, der in Deutschland lebte.

„Ich hab' gemeint, Sie seien aus Neuyork," sagte sie in ihrer unmittelbaren Art.

Jetzt lachte er herzlich: „Ich bin auch aus Neuyork. Ich habe dort gelernt. Jens Branding, Oberregisseur der Continental-Filmwerke."

Sie brauchte ihm nichts von sich zu sagen — er kam ihr vor, als ob er alles erriete. Da sie das Kino gern hatte, freute es sie, einen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192501 13-11/fragment/page=0006

aller republikanischen und darüber hinaus aller auf politische Reinlichkeit sehenden Bevölkerungskreise erworben. Wir sprechen ihm unser ausdrückliches Vertrauen und den Dank für seine Arbeit aus und wünschen ihm nach seinem arbeitsreichen Leben im Dienste der Allgemeinheit einen ruhigen Lebensabend." Der Vorstand wurde beauftragt, in seiner Gesamtheit dem Kameraden Raute diese Entschließung zu überbringen.

Elsterwerda. Stadtverordnetensitzung. In der am Montag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurden zunächst die Wahlen zur Neukonstituierung der Versammlung und der städtischen Kommissionen vorgenommen. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Lehrer Schulze, zum Stellvertreter Schuhmachermeister Schöne gewählt. Gegenbuchführer Wege wurde zum 1. Schriftführer und Malermeister Erfurth zu seinem Stellvertreter bestimmt. Die städtischen Kommissionen und Deputationen wurden mit einigen Ergänzungen in ihrer alten Zusammensetzung belassen. Bei der Beratung der Parzellierung des ehemals Schülerschen Planes an der Schillerstraße zu Bauzwecken brachte Bürgermeister Stieler ein Beschwerdeschreiben eines bei Vergebung der betr. Bauparzellen nicht berücksichtigten Baulustigen zur Kenntnis und gab die Gründe des Magistrats für seinen ablehnenden Standpunkt in diesem Falle bekannt. Vor allem seien bei Vergebung des Baulandes diejenigen Siedler berücksichtigt, die kein Land besitzen und auch wirtschaftlich schwach gestellt sind. Von diesem Gesichtspunkte aus habe der Magistrat auch in dieser Angelegenheit gehandelt. 32 Siedler hatten sich gemeldet, davon waren 27 berücksichtigt, von denen zwei wieder zurückgetreten sind, so daß noch 25 in Frage kommen. Der Erlös aus den Parzellen wird restlos zur Erschließung des Planes wieder verwendet. Der Bürgermeister hält eine Baufrist von mindestens 4 Jahren für angebracht. Eine Anregung aus der Versammlung, die Stadt möchte eine Anleihe aufnehmen, damit den Siedlern Kapital zum Bau vorgestreckt werden könne, wurde teils lebhaft besprochen. Ein Antrag auf Zurückstellung der Angelegenheit und nochmalige Beratung mit der Baukommission wurde wieder zurückgezogen. Die Stadtverordneten erklärten sich einstimmig mit der Parzellierung des Planes nach den vom Magistrat festgesetzten Bedingungen einverstanden. Die Erhebung einer vom Magistrat beantragten Biersteuer in der Stadt Elsterwerda, die folgende Sätze enthalten sollte: für 1 Hektoliter Einfachbier 1 Mk., Schankbier 1,50 Mk., Vollbier 2 Mk., Starkbier 3 Mk., Auslandsbier 3 Mk., wurde gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Elsterwerda. Klamauk in Sicht! Die VVV., die Organisationen aller geistig Zurückgebliebenen, sind eifrig an der Arbeit, wieder einmal etwas Abwechslung in die Bude zu bringen. Unter Führung des Holzkopfs rüsten sich alle Etappen- und Heimkriegervereine, am 18. Januar einen „Deutschen Abend" hier zu veranstalten. Es soll eine ganz große Sache werden. Die Klempnerladen werden schon tüchtig mit Sydol geputzt und die Zylinderhüte ausgebürstet. Die Botschafterkonferenz ist bereits im Zustande höchster Nervosität ob der „flammenden" Protestkundgebung die der deutsche Tag Elsterwerdas „einstimmig und mit größter Entrüstung" annehmen wird. Uebrigens gibt es jetzt beim Holzkopf auch einen Landsturm-Stahlhelm", dessen vaterländisches Verdienst im hervorragenden Vertilgen von Bockbier besteht. — Jedenfalls stehen für Elsterwerda „erhebende" und „genußreiche" Stunden bevor. Für Küche und Keller ist bestens gesorgt.

Questenberg. Unfall. Am Sonnabend verunglückte der Arbeiter Hermann Burgdorf dadurch schwer, daß er beim Transport von Buchenholz auf einem Schlitten am steilen Abhange zu Fall kam und sich schwere Quetschungen zuzog. Er wurde sofort in das Krankenhaus nach Roßla überführt.

Gorden. Einen Berufsunfall erlitt der Holzhauer Carl Herrmann vom hiesigen Staatsforst. Beim Ausästen einer Birke glitt ihm die Axt ab und fuhr ihm mit voller Wucht ins Schienbein. Von seinen Kameraden nach Hause gebracht, mußte sich der Verunglückte sofort in ärztliche Behandlung begeben

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 13. Januar 1925.

Mitgliederversammlung der SPD.

In der am Sonntag stattgefundenen Mitglieder-Versammlung des Eisleber Ortsvereins gab Parteisekretär Genosse Jänicke einen Rückblick über die Wahlen und zeigte die Folgerungen auf, die sich für uns als Parteimitglieder daraus ergeben. In übersichtlich zusammengestellten Material bot der Referent einen vollständigen Ueberblick über die zahlenmäßigen Ergebnisse in den einzelnen Orten unseres Unterbezirkes und bot Ausblicke über die weitere Entwicklung in Verbindung mit den Richtlinien für die künftige Parteiarbeit. In der Diskussion gab Landtagsabgeordneter Genosse Christange interessante Einblicke in die Methoden und Kämpfe der Regierungsbildung. Im Anschluß an das Referat wurden die Fragen der Agitation auf allen Gebieten erörtert und insbesondere der Frauen- und Jugendbewegung sowie der Entwicklung der Presse eingehende Beachtung geschenkt. In der Frage der Berichterstattung wurde Klage geführt über die mangelhafte Berichterstattung und der Wunsch geäußert, daß der einzelne Berichterstatter wegfalle und es jedem Genossen freistehen müsse, seine Berichte einzusenden. Auf einen Vorschlag hin wurde beschlossen die Berichterstattung nicht mehr einem einzelnen Genossen zu überlassen, sondern jeder Genosse hat das Recht, der Presse gegenüber seine Dienste zu leisten. Interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

•

Anmerkung der Redaktion. Wir halten den Beschluß betr. der Berichterstattung nicht für glücklich. Unsere Erfahrung lehrt, daß dort, wo kein bestimmter Berichterstatter am Orte ist, auch nichts geschrieben wird, weil sich ein Genosse stets auf den anderen verläßt und dann keiner mehr berichtet. Es hat auch jetzt schon jedem Genossen freigestanden, uns Berichte einzusenden. Teilweise ist das auch geschehen und sind diese Berichte auch aufgenommen worden. Aber wenn nicht der ständige Berichterstatter dagewesen wäre, dann hätten die Eisleber Genossen recht wenig von den Vorgängen in ihrer Stadt erfahren. Wir sind überzeugt, daß der jetzt geschaffene Zustand sehr bald als ein Uebelstand empfunden wird.

Ein Stahlhelmer wegen Bestechung verurteilt.

Die sogenannten vaterländischen Parteien und Organisationen schimpfen gern auf sozialdemokratische Beamte in Reichs-, Staats- und Kommunaldienst und werfen ihnen Unfähigkeit und Bestechlichkeit vor. Dabei kann festgestellt werden, daß in der Hauptsache von den Angehörigen der obenbezeichneten Parteien versucht wird, Beamte und Angestellte zu bestechen, um dabei persönliche Vorteile herauszuholen. So hat vor einiger Zeit auch ein Angehöriger des Stahlhelms der Ortsgruppe Heiligenthal, der Maschinenmeister Karl Drechsler, im Bureau des Kreiswohnungsamtes versucht, den dortigen Angestellten mit ein paar Sack Zucker zu bestechen, um für seinen Sohn eine Wohnung zu erlangen. Vor Gericht beantragte der Staatsanwalt unter Zubilligung mildernder Umstände 30 Mark Geldstrafe oder für je 5 Mark einen Tag Gefängnis. Das Gericht ging weit über die beantragte Strafe hinaus und verurteilte ihn unter Zubilligung mildernder Umstände zu einer Geldstrafe von 150 Mark. Der Angeklagte nahm das Urteil an.

* **Gefahren der Straße.** Vor einigen Tagen ereignete sich in der Doppelnamenstraße, die vom Bahnhof nach der Helftaer Chaussee an den Fabrikanlagen der Fabrikbesitzer Busch und Wicht und der Aktienmalzfabrik vorbeiführt, ein Unglücksfall. Ein mit Sand beladener Wagen der Firma Burckhardt, Hallische Straße, kam ins Rollen und die beiden Pferde, die in dem Moment, als der Führer des Geschirrs die Bremse anziehen wollte, ins Laufen kamen, stießen durch die Toreinfahrt zur Aktienmalzfabrik durch die Umzäunung, wobei sich das eine Pferd eine erhebliche Verletzung beibrachte, die seine Abschlachtung zur Folge hatte Menschenleben waren nicht zu beklagen. Das starke Gefälle der Straße bildet für Lastfuhrwerke eine Gefahrenzone.

Hettstedt. Die Parteiversammlung, die erste im neuen Jahre, gedachte zunächst dem zu Grabe getragenen Genossen Otto Großmann. Der Entgegennahme der Eingänge folgte ein Rück- und Ausblick bezüglich der Reichs- und Landtagswahlen. Besonders berücksichtigt wurde hierbei das glänzende Wahlergebnis für die Partei am Orte. Von 433 bei den Maiwahlen abgegebenen Stimmen stieg die Zahl am 7. Dezember auf 1042. Allen Parteigenossen und denjenigen Kameraden vom Reichsbanner, die für die SPD. gearbeitet haben, erstattete der Vorsitzende wärmsten Dank Dem Wahlergebnis zufolge soll nun am 18. und 25. Januar eine intensive Zeitungsagitation erfolgen. Die Vorbereitungen hiervon wurden getroffen mit dem Appell: Zu neuer Arbeit im neuen Jahr!

Oberwiederstedt. Die Schankkonzession wurde dem Expedienten Arnhold durch die zuständige Stelle erteilt.

Gewerkschaftliches.

Erster Bundestag des ADB.

Ein starkes Bekenntnis zur Republik.

Im ehemaligen Herrenhaus begann am Montag der erste **Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes,** der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation der Beamtenverbände, in Anwesenheit einer großen Anzahl von Beamtenvertretern aus dem ganzen Reiche. Auch ausländische Bruderorganisationen sowie der Afa-Bund und ADGB. sind vertreten. Der Vorsitzende des Bundes, Ministerialrat a. D. Falkenberg, legte in seiner Eröffnungsrede ein starkes Bekenntnis der freigewerkschaftlichen Beamten zur Republik ab. Unter dem Beifall der Versammlung erklärte er, daß **die auf dem Kongreß vertretenen Beamten an der Republik nicht rütteln lassen werden.** Nach der Wahl des Präsidiums des Kongresses, zu dessen Vorsitzenden Stetter gewählt wurde, hielten Begrüßungsansprachen Aufhäuser vom Afa-Bund und Brunner vom ADGB., die beide die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit von Beamten, Angestellten und Arbeitern unterstrichen.

Den **Geschäftsbericht** erstattete dann Falkenberg, der dabei die Gründe darlegte, die seinerzeit zur Gründung des ADB. führten. Scharf wandte er sich gegen die Behauptung anderer Bünde, der ADB. wolle das Beamtenrecht preisgeben, während er tatsächlich für eine Erweiterung des Koalitionsrechtes der Beamten eintrete. In längeren Ausführungen erläuterte er die Bestimmungen des Organisationsstatuts und den Organisationsvertrag mit den anderen freigewerkschaftlichen Arbeitnehmerorganisationen. Gleichzeitig erklärte er sich für einen internationalen Zusammenschluß der Beamten. Er schloß mit einem Dank an die anderen freigewerkschaftlichen Spitzenverbände für ihre Mitarbeit. — Den Bericht für das gesamte Schriftwesen des Bundes gab Händeler. Das Bundesorgan habe den Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsform erfolgreich geführt und durch gewerkschaftliche Weiterbildung der Mitglieder organisatorische Schwierigkeiten überwunden.

Nach der Mittagspause erstattete zunächst Dr. Völter ein Referat über „**Die Grundlagen des Beamtenrechts**". Das neue Beamtenrecht müsse ein Teil des neuen Arbeitsrechtes sein. Gehorsam und Disziplin im neuen Volksstaat sollen einem freiheitlichen Pflichtgefühl entspringen, der Beamte sich als ein Teil des Volksganzen fühlen. Auch Dr. Völter wandte sich gegen die Behauptung der Gegner, der ADB. wolle die Beamten ihres öffentlich-rechtlichen Charakters entkleiden und sie der privat-rechtlichen Ausbeutung ausliefern. Dann folgte ein Vortrag von Kunze über „**Die Besoldungspolitik des ADB.**" Scharf lehnte er die geplanten prozentualen Kopf- und Sozialzulagen ab. Umsonst habe sich der Bundesvorstand um eine gemeinsame Kampfbasis mit den anderen Beamtenverbänden bemüht. **Außerordentlich bedauerlich sei, daß der Deutsche Beamtenbund der Trennung der Lohnverhandlungen für die Arbeiter von den Gehaltsverhandlungen der Beamten zugestimmt habe.** Kunze legte die zukünftige Besoldungspolitik des Bundes in Richtlinien dar, die u. a. eine Verringerung der Besoldungsgruppen verlangen. Erforderlich sei eine **sozialere Gestaltung der Spannungsverhältnisse zwischen höheren und niedrigeren Gehältern.** Das Wohnungsgeldsystem wird **abgelehnt,** dafür ein verbessertes Ortsklassensystem gefordert mit höchstens drei Klassen. Grundsätzlich wird die Schaffung von planmäßigen Beamtenstellen für alle Dienstposten gefordert, **das Diätariat soll jetzt schon möglichst beschränkt** werden. Gegen die Besoldungspolitik der Regierung müßten alle Kräfte der Beamten mobil gemacht werden.

Die Hohen gegen die Niederen.

Ein Sieg des Reichsfinanzministers über die Vernunft.

Leipzig, 13. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichsschiedsgerichtshof beschäftigte sich am Montag mit dem **Einspruch des Reichsfinanzministers gegen die letzte Gehaltsaufbesserung der badischen Regierung.** Die badische Regierung hatte nach einer Verordnung vom 19. Dezember 1924 den Beamten der Besoldungsgruppe I bis VI eine Zulage von 20 Prozent zu den Grundgehältern bewilligt, während den Reichsbeamten durch Verordnung des Reichsfinanzministers und nach Anhören des Reichsrates in derselben Gruppe nur 12½ Prozent gewährt werden. Der Reichsfinanzminister hatte dagegen Einspruch erhoben und der Reichsschiedsgerichtshof hat in seiner Sitzung vom 12. Januar 1925 den Einspruch des Reichsfinanzministers als begründet erklärt und den Staat Baden zu den Kosten verurteilt, so daß nunmehr auch die badische Regierung an den Beschluß des Reichsschiedsgerichtshofes gebunden ist.

Weitere Niederlagen der Moskauer.

Bei der Wahl der Ortsverwaltung der Holzarbeiter in Arnstadt i. Thür. erlitten die Kommunisten, wie vorauszusehen war, eine erneute Niederlage. **Sämtliche Posten wurden ihnen entrissen.** Auch in Pößneck wurde bei den Wahlen zum Ortsvorstand des Holzarbeiterverbandes **den Kommunisten eine empfindliche Niederlage bereitet. Die Amsterdamer Richtung siegte bei allen Wahlgängen mit durchschnittlich 50 Prozent Stimmenmehrheit.** Der Holzarbeiterverband ist eine der größten Gewerkschaften am Orte und wurde seit drei Jahren ausschließlich von den Kommunisten beherrscht. Die Porzellanarbeiter in Ilmenau haben **sämtliche Kommunisten aus der Verwaltung der Zahlstelle und aus dem Ortsausschuß des ADGB. hinausgewählt.** In beiden hatte die KPD. alle Stellungen inne. Damit ist auch die Kommunistenherrschaft im Gewerkschaftskartell am Ende.

So bricht sich allenthalben die Vernunft Bahn. Daß auch die Arbeiterschaft unseres Bezirks den kommunistischen Parolenschwindel gründlich satt hat, zeigt die Metallarbeiter-Wahl in Merseburg. Die Gesundung ist eben nicht aufzuhalten.

Einigung in der thüringischen Metallindustrie? In dem seit zwölf Wochen andauernden Metallarbeiterstreik in Thüringen scheint sich eine Einigung anzubahnen. In Zeulenroda haben die Arbeitgeber eine Ausgleichszulage von 5 Pfennig in der Spitze bewilligt, woraufhin die Arbeiter beschlossen haben, am Montag die Arbeit wiederaufzunehmen. In Greiz ist noch keine Entscheidung getroffen worden; man hofft aber, daß auch hier eine Einigung auf ähnlicher Grundlage zustande kommt.

Rundfunk-Programm Leipzig.

Mittwoch, den 14. Januar.

12 Uhr mittags: Landwirtschaftliche Freiverkehrsnotierungen. 12 Uhr mittags: Mittagsmusik. 12.58 Uhr nachm.: Nauener Zeitzeichen. 1 Uhr nachm.: Börsen- und Pressebericht. 4 Uhr nachm.: Landwirtschaftliche Preisberichte. 4.30—6 Uhr nachm.: Märchennachmittag für Kinder. Käthe Schindler liest Märchen und die Hauskapelle spielt entsprechende Weisen. 6 Uhr abends: Landwirtschaftliche Preisberichte (Wiederholung). 6.15 abends: Landwirtschaftliche Preisberichte (Fortsetzung). 6.30—6.45 abends: Funkbastlerstunde. 7—7.30 abends: Funkschach: Schachmeister R. Max Blümich: „Anfangsgründe des Schachspiels." Fortsetzung und Erläuterung einer Partie (siehe Mirag-Zeitung). 7.30—8 Uhr abends: Vortrag Ing. Max Schiel: „Der heutige Stand der Liebhaberphotographie". 8.15 Uhr abends: Flämischer Abend. Einführende Worte von Gustav Herrmann. 1. Niederländisches Dankgebet. Rundfunkhauskapelle. 2. Gedichte von Guido Gezelle und René de Clercq. 3. Ein Kapitel aus Charles de Costers „Uilenspiegel und Lamme Goedzak". 4. Die Novelle Piet von Asches „Bauer und Vagabund." 5. Aus „Der ewige Jude" von August Vermeylen und „Das Fest" aus „Pallicter" von Felix Timmermanns. Gustav Herrmann 6. Burmeister: a) Träumerei; b) Walzer im alten Stil; c) Menuett. Rundfunkhauskapelle. Anschließend (etwa 10 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst. 10.30—11.30 Uhr abends: Funkbrettl. Mitwirkende: Eugen Aberer (vom Alten Theater); Jenny Winds und Grete Schumann (Lieder zur Laute).

Aus der Arbeitersportbewegung.

H. F.-C. Minerva 09. Mittwoch bei Weinrich Spielausschußsitzung und Ausgabe der Einladungskarten zum Maskenball.

Briefkasten der Redaktion.

Roßbach, „Volksblatt"-Leserin. Die Adresse lautet einfach: „An den Herrn Reichspräsidenten, Berlin." Entsprechend einfach ist auch die Anrede zu setzen.

Aufbewahren! Ausschneiden!

Achtung!

Ein seltsames Angebot.

ist ein für **15** Mark.

Anzahlung. Monatliche Raten 10 Mk. Prima Spezialrad Bestellen Sie noch heute auf anhängendem Auftragsschein

Hiermit bestelle ich bei der Firma **Hans Stein, Dortmund,** Burgholzstraße 43, ein **Herren-Fahrrad** bezw. **Damen-Fahrrad** zum Preise von 120 Mk. bezw. 130 Mk. ab Station **Dortmund** zu obenerwähnten Zahlungsbedingungen.

Die Anzahlung von 15 Mk. habe ich heute per Postanweisung an Ihre Adresse abgesandt.

Name: ....

Beruf: ....

Wohnort: ....

Straße u. Nr.: ....

Bahnstation: ....

Bitte deutlich schreiben! 9

Bekanntmachung

Auf Grund der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1924 sind folgende Wahlvorschläge zur Wahl der Vertreter der **Arbeitgeber** für den Ausschuß der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle (Saale) eingereicht und zugelassen:

Wahlvorschlagsliste 1: von der Freien Vereinigung der Arbeitgeber in Handel und Gewerbe, beginnend mit dem Namen Emil Koch.

Wahlvorschlagsliste 2: von den Vereinigten Arbeitgeber-Verbänden, beginnend mit dem Namen Friedrich Erstmann.

Die Wahlvorschläge liegen in der Zeit vom Montag, dem 12. Januar, bis Sonnabend, dem 17. Januar 1925 in den Geschäftsräumen der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle a. S., Zimmer 2, während der Verkehrszeit zur Einsichtnahme aus. 268

Halle a. S., den 12. Januar 1925.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse.

K. Kleemann als Wahlleiter.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Ohne wirkungsvolle Reklame

ist heute ein Geschäftsmann nicht in der Lage, sein Unternehmen auf eine leistungsfähige Höhe zu bringen. Er sollte daher nicht versäumen, sich dieses Mittels zu bedienen. Dies geschieht am vorteilhaftesten durch ein gut ausgeführtes

Inserat im „Volksblatt"

das in weiten Kreisen der Bevölkerung des Bezirks Halle-Merseburg verbreitet ist und überall sehr gern gelesen wird

Eins ist sicher: ohne zeitgemässe Reklame

keinen geschäftlichen Erfolg!

Standuhren

üb. 50 verschiedene Must. stets a. Lager, mit prachtvoll. Gongschlägen, best. Werken verkauft billig mit schriftlich. Garantie Uhrmachermeister

H. Schindler,

Kleine Ulrichstr. 35

Volksblatt-

Bilderbücher

Jugendschriften

Märchenbücher

Buchhandlung

Hundefutter

zu verk.: Mittwoch und Sonnabend, nachm. v. 5 Uhr an.

Darmhandlung

Paul Eßrich

Reideburger Str. 2.

Wie köstlich

schmecken dem Kenner die guten aus

Reichel-Essenzen

für nur wenig Geld selbstbereiteten Liköre, Branntweine, Punschextrakte. Jeder Versuch — ein Erfolg! Erhältlich in Drogerien und Apotheken aber nur verbürgt mit der Echtheitsmarke „Lichtherz". Dr. Reichels Rezeptbüchlein daselbst umsonst oder kostenfrei durch Essenzenfabrik Otto Reichel, Berlin Ps. 80, Eisenbahnstr. 4

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe

Bezahlt wurden am Montag, dem 12. Januar 1925:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	85	42	80	
Bullen	84	70	80	
Kühe	88	40	80	
Jungrinder	78	65	70	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	90	70	85	
Lämmer und Masthammel	80	75	78	
Schafe	75	50	72	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	100	90	98	

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250113-11/fragment/page=0007

Unsere arbeitende Jugend

Ein neu entdeckter Brief Bebels.

Einen bisher unbekannten Brief Bebels veröffentlicht Emil Drahn in der Zeitschrift „Bimini". Am 8. Juli 1872 zog Bebel in die Räume der Hubertusburg ein, um dort eine Festungshaft von 22 Monaten abzusitzen. Zusammen mit Wilhelm Liebknecht benutzte Bebel diese Zeit zu eifrigen Studien. Aus dem letzten Vierteljahr dieser Festungshaft stammt nun der bisher unbekannte Brief Bebels, der an den Verlagsbuchhändler Reinhold Schlingmann gerichtet ist.

„Noch einmal," schreibt Bebel da, „ehe ich die Räume der Hubertusburg verlasse — was in 10 Wochen geschieht —, nehme ich mir die Freiheit, Ihre Güte für die Akquirierung einer Anzahl Bücher, die ich als geistiges Futter für Zwicau gebrauche, in Anspruch zu nehmen. Es ist eine ziemlich lange Liste und ein großes Stück Arbeit, für das ich Ihr Wohlwollen in Anspruch nehme. Ich wünsche und bitte folgendes für mich zu erwerben und anher zu senden:

1. Häckel, „Natürliche Schöpfungsgeschichte", neueste Auflage.
2. F. A. Lange, „Geschichte des Materialismus", 2. Auflage.
3. A. v. Humboldt, „Kosmos".
4. Adam Smith, „Reichtum der Nationen" (deutsch).
5. Dr. L. Hirt, „Ueber die Krankheiten der Arbeiter".
6. Dr. von der Goltz, „Die ländliche Arbeiterfrage und ihre Lösung", neueste Auflage.
7. Tacitus.
8. Sallust. (Soll in Stuttgart seinerzeit bei Tafel erschienen sein.)
9. Fichte, „Reden an die deutsche Nation".
10. Seume, „Spaziergang nach Syrakus".
11. Goldsmith, „Landprediger von Wakefield".

Auch bitte ich Sie, was von Schlossers Weltgeschichte seit Ihrer letzten Sendung an mich erschienen ist — ich habe zwölf Bände —, dem Paket beizufügen. Endlich erlaube ich mir, anzufragen, ob es Ihnen gelungen ist, F. W. Zimmermann, „Die Geschichte des großen Bauernkrieges", aufzutreiben. Ich beabsichtige, wenn es mir meine sonstigen Arbeiten im Gefängnis erlauben, eine kurzgefaßte populäre Geschichte des Deutschen Bauernkrieges zu schreiben, die für unsere Partei von großem Vorteil sein würde, und dazu brauche ich dieses Werk von Z. sehr nötig. . . . Wie Sie aus obiger Liste ersehen, fehlt es mir nicht an der guten Absicht, die Zeit im Gefängnis in nützlichster Weise totzuschlagen, und ich denke, daß mir dies ebenso gut und ohne die Gefahr der langen Weile und unnützer Grillenfängerei gelingen wird, wie es mir und L. bisher gelungen ist."

Bemerkenswert ist der starke Drang nach Wissen und Bildung und die geistige Vielseitigkeit, die aus dem Briefe spricht. Das gleiche Bild wie in Bebels Schriften; alle Gebiete revolutioniert und in proletarischer Auffassung eingefügt in die große Idee des Sozialismus.

Mehr Schutz für die alleinstehende Jugend.

Der Haarmann-Prozeß hat weit über die Bedeutung des Einzelfalls hinaus Bedeutung gewonnen durch die mannigfachen Einblicke, die er in den Sumpf der Großstadt eröffnet hat. Wer einmal das Leben und Treiben an den Bahnhöfen größerer Städte mit scharfen Augen betrachtet hat, dem werden gewiß auch schon gewisse Burschen aufgefallen sein — im Prozeß wurden sie „Puppenjungen" genannt —, die durch ihr herausgeputztes kokettes Auftreten in widerlichster Weise die Aufmerksamkeit an sich zogen. Da man kaum annehmen darf, daß mit einem Male die Homosexualität soweit um sich gegriffen hat, bleibt nur die Vermutung übrig, daß hier ein künstlich gesteigertes Angebot gezüchtet wird, das die Nachfrage überwiegt. Den meisten Eltern der von Haarmann gemordeten jungen Leute ist ja auch von einer anormalen Veranlagung der Getöteten nichts bekannt gewesen.

Aus den Zeugenaussagen im Haarmann-Prozeß ging hervor, daß die meisten der Opfer Konflikte im Elternhause hatten. Das ist ein an und für sich ganz natürlicher Vorgang, der aus der ewigen Gegensätzlichkeit zweier Generationen entsteht und bei den Kindern oft geradezu zu einer seelischen Krise führt. Man muß unserer älteren Generation nur allzu oft den Vorwurf machen, daß sie es am Willen zum Verständnis der Psyche unserer Kinder fehlen läßt. In der Jugend liegt ein natürlicher Drang nach Erweiterung ihrer Kenntnis von Welt und Menschen, ja geradezu nach Abenteuern, und sie gelangt dann leicht auf ihrer Flucht vor der strengen Ansicht des Elternhauses in eine unbekannte Welt, deren sittlichen Gefahren sie nicht gewachsen ist. Die „Bahnhofsmission", die sich die Betreuung alleinstehender junger Menschen zur Aufgabe gemacht hat, dehnt ihre Tätigkeit im wesentlichen nur auf junge Mädchen aus, hauptsächlich auch nur während der Tage der Stellenwechseltermine. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die jungen Burschen eine stärkere Fürsorge erfahren und nicht einfach allerlei dunkle Existenzen nur auf den Bahnhof zu gehen brauchen, wo sie sich die Opfer für ihre verbrecherischen Gelüste aussuchen können.

In erster Linie müssen hier die Jugendämter eingreifen, die sich überall älterer Hilfskräfte bedienen können, die sich z. B. sicher auch in den Gewerkschaften aller Richtungen zu freiwilliger Mitarbeit finden werden. Im Falle Haarmann waren ja die Opfer mit einer Ausnahme lauter Arbeiterkinder, die niemals Gelegenheit gehabt hatten, Welt und Menschen kennenzulernen, und deshalb auch den Fremden volles Vertrauen entgegenbrachten. Eine Aufgabe der Gewerkschaften müßte aber vor allem die Schaffung ausreichender Herbergen und Uebernachtungsgelegenheiten, speziell für junge Zureisende, sein. Daneben müßte natürlich auch die Polizei, die, wie der Fall Haarmann gezeigt hat, es leider vielfach am nötigen Eifer fehlen läßt, gerade dem Treiben in den Bahnhofsgebäuden ein schärferes Augenmerk zuwenden. Dazu gehört freilich nicht zum wenigsten, daß die Arbeit der Behörden nicht mehr so ungemein durch bureaukratische Engherzigkeit, durch den sogenannten Instanzengang, gehemmt wird. Die Ueberorganisation unserer Jugendwohlfahrtspflege und Jugendfürsorge ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr, und es muß unbedingt die Möglichkeit geschaffen werden, daß auch der freiwillige Mitarbeiter der Fürsorge, soweit seine persönliche Eignung für dies Werk der inneren Mission auch behördlich anerkannt ist, schnell und scharf überall dort zupacken darf, wo seine Menschenkenntnis irgendein Unheil wittert. Das ist eine unerläßliche Vorbedingung, wenn wir der Wiederholung solcher grausigen Vorgänge wie des Falles Haarmann vorbeugen wollen.

Schwester Lydia Ruehland.

Eine unterirdische Schwimmhalle plant man in Kopenhagen. Da die Schwimmhalle in der dichtbewohntesten Gegend liegen soll, dort aber der Platz, wenn er überhaupt vorhanden ist, teuer ist, soll die Schwimmhalle unter dem Rathausplatze angelegt werden. Hier sollen zwei Schwimmhallen von 33 Meter und 25 Meter gebaut und mit reichlichem Nebengelaß versehen werden. Diese Einrichtung spart nicht nur dadurch, daß die hohen Baukosten und die teure Fassade wegfallen, auch an Heizungskosten wird gespart, da die Räume nicht so leicht abkühlen.

Politik und Jugendbewegung.

Von Karl Dörr.

Die deutsche Jugendbewegung darf sich nicht außerhalb des politischen Lebens stellen, sondern sie muß endlich den Inhalt ihrer Bewegung mit politischen Aufgaben und Zielen erfüllen. So notwendig die Abkehr der Jugendbewegung von der Mechanisierung des Lebens war und noch ist, und so wichtig die Auffindung eines gemeinsamen Lebensstiles und -gefühles durch die Jugend für die Entmechanisierung des Lebens war, so wenig erfüllt aber diese Jugendbewegung ihre historische Aufgabe durch konsequente Abkehr von der politischen Lebensgestaltung. In die Geschichte unserer Zeit gräbt sich die Jugendbewegung nur dann als historisches Phänomen ein, wenn sie ein positives Verhältnis zu den politischen Fragen der Gegenwart einnimmt. Eine bewußte politische Einstellung verlangt man heute von der Jugendbewegung, und die Zeit des romantischen Schwärmens und nur Betonens menschlicher Lebenswerte muß vorbei sein. Die Abwendung von der politischen Organisation ist nur ein Ausdruck der Schwäche; man will weder als Persönlichkeit in die Disziplin einer Partei eingespannt sein, noch will man sich nicht von den häßlichen Attributen des Parteilebens beeinflussen lassen. So richtig die Auffassung der Jugend über das Unschöne des Parteihaders sein mag, so unrichtig ist aber auch der aus dieser Erkenntnis gezogene Schluß, daß die sich frei entfaltende Persönlichkeit des Jugendlichen außerhalb des politischen Organisationslebens stehen darf. Eine politische Bewegung bedarf zu ihrer weiteren Entwicklung jugendlicher Elemente; das frische, pulsierende Blut der Jugend muß durch den Organisationskörper einer politischen Partei gehen, wenn überhaupt die zukünftigen Aufgaben dieser Bewegung erfüllt werden sollen. Die politischen Aufgaben einer Zeit werden nicht nur erfüllt und gelöst von den Alten, von der älteren Generation, sondern sie verlangen auch die Mithilfe der jüngeren, der kommenden Generation. Zum Wesen des jugendlichen Menschen gehört notwendig die politische Regsamkeit und der Wille zur politischen Gestaltung, und die Selbstausschaltung aus dem politischen Leben bedeutet die Verringerung bedeutsamer Einflußmöglichkeiten.

Die Jugend betrachtet sich mit Recht nicht mehr als Uebergang vom Kinde zum Manne oder zur Frau, sondern sie hat auch ihre festen Daseinsformen erkannt und daraus eine Ordnung ihres Lebens gebildet. Feste und fließende Daseinsformen verteilen sich auf alle Altersschichten, und auch der erwachsene Mann oder die erwachsene Frau muß in das Greisenalter hineinwachsen; alle Altersschichten sind nur Epochen des Lebens, Uebergänge zu einer neuen Daseinsform. Die Jugend steht natürlich nicht außerhalb der Wandlung des Lebens, sondern sie wechselt auch hinüber in neue Formen und neue Lebensgestaltung. Aber das Bedeutsame der Jugendbewegung liegt gerade in der Erkennung der für die Jugend permanenten Daseinsformen, und in der Prägung bestimmter Lebensformen für den jugendlichen Menschen. Aus dem jungen Menschen muß aber die Erkenntnis wachsen, daß er nicht immer jugendlicher Mensch sein kann, sondern zum Manne oder zum Weibe geformt wird, und deren Daseinsbedingungen anderswertig sind als die des jungen Menschen. Aus der Werterkennung des Jugendlichen ergibt sich nicht nur die Formung eines neuen, der Jugend angeschmiegten Lebensstils, sondern es kommt durch die neue Lebensart der Jugend zur Bildung einer Lebensgesinnung, die tief eindringen muß in die Gemeinschaft der Menschen. Die Gesinnung der Jugend muß alle Lebenskreise der Menschen durchfluten und das Verhalten aller Menschen auf eine bestimmte sittliche Durchschnittslinie bringen. Das politische Verhalten der Menschen unterliegt auch den Forderungen dieser sittlichen Lebensgesinnung, und die Jugend muß schon um ihrer sittlichen Aufgabe willen in die Parteien hineingehen, um sich hier ein bedeutsames Betätigungsfeld zu erschließen. Die Jugend erkennt aber die Notwendigkeit gerade dieser Aufgabe nicht an, weil sie nicht die Kraft in sich spürt, sittlich umwälzend innerhalb dieses Betätigungskreises zu wirken. Die Jugend hat weder die Aufgabe, eine neue Partei zu gründen, noch soll sie harmonisierend auf die Klassengegensätze einwirken, sondern diese Jugend soll Kraftquell einer sittlichen Lebensgestaltung sein, um bestimmend auf das allgemein menschliche Verhalten und besonders auf das politische Verhalten einzuwirken. Es gibt keine allgemeine, überbündische Politik der Jugend; die vorhandenen politischen Auffassungen werden von der Jugend aufgegriffen und einigermaßen dem jugendlichen Temperament angepaßt.

Das unpolitische Verhalten der bürgerlichen Jugend entspringt dem Gefühl der Feigheit; die eigenen Grundsätze werden nicht für so stark eingeschätzt, daß man mit ihnen in den sogenannten „charakterverderbenden politischen Kampf" eintreten könnte. Die Schmutzigkeit des tagespolitischen Kampfes verdirbt den edlen Charakter, und die Kleinarbeit in den Organisationen hemmt den Flügelschlag einer kühnen Seele. Erbärmliche Entschuldigungsgründe sucht man zusammen, um sich vor der praktischen positiven Arbeit in den politischen Organisationen zu drücken; wo könnte in der heutigen, politisch aufgewühlten Zeit ein stichhaltiger Grund aufzufinden sein, um die Jugend vor der verantwortungsbewußten Mitarbeit in der Gestaltung des politischen Lebens zurückzuhalten. Neue politische Ideen bringt die Jugend ja nicht hervor, also muß sie schon ein Bekenntnis zu den vorhandenen politischen Zeitideen ablegen, und die Anerkennung einer politischen Partei als die Trägerin einer bestimmten, abgegrenzten politischen Zeitidee und eines politischen Interessenkomplexes muß auch die Mitarbeit an dieser Partei zur Folge haben. Die romantisierende Jugend, die nur Weltschmerzen ausdenken und wunderschöne Worte für ihr Gemeinschaftsleben finden kann, hat noch keine Einfühlung in diese chaotische und gärende Zeit gefunden, um aus sich heraus den Willen zur Klärung, zur Bändigung dieser bewegten Gegenwart zu formen.

Gerade aus der Jugendbewegung sollen die politischen Kräfte herauswachsen, die zukünftig an der Meisterung des politischen Lebens mitarbeiten müssen, und die gegenwärtige Einfügung in das politische Räderwerk würde für die kommende Arbeit eine bedeutende Erleichterung sein. Solange noch Parteien um die politische Macht kämpfen, muß auch die Jugend noch ein parteipolitisches Bekenntnis ablegen; die Jugend muß sich zu einer der bestehenden Parteien bekennen, wenn sie nicht den schweren und berechtigten Vorwurf der Halbheit und Feigheit hinnehmen will. Die Jugend muß den Mut zu einer Entscheidung haben, sie muß sich zu dieser oder jener politischen Richtung hinneigen, um den Beweis eines politischen Bekenntniswillens zu erbringen.

Die Aufgabe der Jugend in den Parteien kann natürlich nicht nur sittlich bereinigend sein, obwohl es schon eine der wertvollsten Aufgaben wäre, eine sittliche Lebensgesinnung innerhalb der Parteien auszustrahlen. Um diesen Einfluß in den Parteien zu gewinnen, gehört eine kraftvollere Jugendgeneration als die gegenwärtig weltschmerzausbrütende Jugend. Persönlichkeitsausbildung ist nicht Selbstzweck der Jugendbildung, sondern die Persönlichkeit soll in einem bestimmten Aufgabenkreis wirken und Einfluß gewinnen. In das politische Leben gehören gerade solche ausgeprägten Persönlichkeiten hinein, um das gewünschte Niveau zu erreichen. Statt kräftig das Steuer eines Parteischiffleins in die Hand zu nehmen, stellt sich diese Jugend nörgelnd zur Seite und überläßt doch den immer „bekritisierten" Alten die wertvollsten politischen Instanzen. Wir als Jugend stehen den Alten nur negierend gegenüber, auch als Jugend können wir unserer Zeit keinen neuen politischen Inhalt geben, sondern übernehmen wieder von der älteren Generation neue politische Einsichten. Schaffen aber wir aus uns heraus keine neuen politischen Einstellungen, dann müssen wir uns zu den politischen Einsichten und Einstellungen der Alten bekennen, um positiv mitzuarbeiten an der Verwirklichung erkannter neuer politischer Ziele. Im politischen Leben steht man oft vor den schwerwiegendsten politischen Entscheidungen, und die Jugend weiß selten sich zu einer bestimmten politischen Auffassung zu bekennen, weil ihr die Kenntnis der politischen Zusammenhänge fehlt. Die Jugend muß sich mit politischen Fragen beschäftigen, sie muß in die großen Zusammenhänge des politischen Lebens hineinschauen können, um dann bestimmenden Einfluß auf bedeutsame Entscheidungen ausüben zu können. Diese Entscheidungen werden aber nur durch Parteien gefällt, und wenn die Jugend mitentscheiden will, dann muß sie den Weg zur Partei finden, gleichgültig ob das politische Parteigetriebe der empfindlichen Seele des Jugendlichen widerstrebt oder nicht. Spürt die Jugend Kraft genug, um den Einflüssen der Parteimaschinerie zu entgehen, und diese Kraft muß sie aus ihrem Gemeinschaftsleben schöpfen, wenn in der Jugend nicht nur schöne Worte gewechselt werden sollen, dann hat sie ihre Aufgabe auch in den Parteien zu erfüllen. Jugendbewegung, Politik und Partei waren bisher ausschließbare Begriffe gewesen, sie müssen aber durch die Jugend selbst in ihrem Zusammenhange erfaßt werden, um praktische politische Arbeit als Jugend in den Parteien zu ermöglichen.

Der toten Schwester.

Brustlos und ohne Hut trete ich meinen Nachmittagsspaziergang an. Nicht die Osterglocken sind es, deren fernes Geläut ich vernehme, nein, die Weihnachtsgrüße klingen durchs Land. Sonnenstrahlen küssen die tote Erde, und wirklich, hie und da lugt frisches Grün aus dem schwarzen Boden. Wehe uns, wenn die Bauernregel recht behält. Weihnachten ohne Schnee. Den weißen Wölkchen am blauen Himmel gleich eilen meine Gedanken in die Ferne. Spielzeug und Spielsachenladen meiner Kindertage ziehen im Geiste an mir vorüber; dabei taucht auch die Erinnerung an dich, meine Schwester, auf, an die Zeit, da wir gemeinsam mit strahlenden Kinderaugen unterm Lichterbaum standen und Weihnachtslieder sangen, ich denke zurück an die Zeit, da du deine Puppe und ich meinen Baukasten als das Beste und Schönste hielten, was die Welt zu bieten vermag. Damals versuchten wir gemeinsam hinter die Geheimnisse des Knechts Ruprecht und des Christkinds zu kommen. In allen Räumen stöberten wir in der Adventszeit umher, ja selbst auf den Balken des Bodens suchten wir verborgene Gaben, und wenn dann ein heimtückischer Nagel ein Loch in meine Hose riß, rohmst du ohne Aufforderung das Nähzeug und versuchtest nach bestem Können, ohne es die Mutter merken zu lassen, den Schaden zu beseitigen. O selige Kindheitsweihnachten!

Friedhofsmauern hemmen meinen Schritt; durch eine hohe Pforte trete ich ein. Wieviel Gänge und Reihen ich gehen muß, weiß ich nicht, doch bald stehe ich still. Dein Name, liebe Schwester, steht auf dem Stein, vor dessen Grab ich stehe, darunter:

geb. 25. Dezember 1902
gest. 22. Juni 1919.

Heute vor 22 Jahren hat dich unsere Mutter geboren. In deiner Jugend noch ereilte dich der Tod, ein Spätopfer des Krieges, nicht geführt auf der Verlustliste des Weltenbrands. Heute feiert die Menschheit wieder Weihnachten und ich wandele einsam zwischen den Gräbern des Friedhofs, auf dem du Ruhe gefunden. Ein leichter, lauer Wind spielt mit dem welken Laub, das um deinen Hügel liegt. Vergleiche ziehe ich zwischen uns und den Blättern, den dürren Aesten, die den Blumenschmuck deines Grabes schützen sollen. Gleich dir sind sie herausgerissen aus der Blüte des Daseins. Und ich? Werde ich erst im Winter des Lebens dem Tod zu eigen oder reißt auch mich vorher seine Knochenhand in den Hades hinab? Ein schärferer Luftzug verscheucht meine Gedanken und ruft mich wieder in die Wirklichkeit. Nicht trotzen will ich mit dem Tode, denn noch lebe ich! —l.

Avalun.

Von Otto Schröder-Wendling.

Du liegst nicht hinter gold'nen Wolkensäumen,
die unsre Sehnsucht locken, nachzufliegen.
Und auch den Wogen bist du nicht entstiegen,
die sagenhaft um deine Ufer schäumen.

Nicht in des Weltalls unbegrenzten Räumen,
wo sich die Sterne still im Reigen wiegen,
liegst du, — nur in uns selber kannst du liegen,
Land Avalun, von dem die Dichter träumen.

Bist du das letzte, weitverwehte Tönen,
Aus einer Welt, der wir uns schwer entwöhnen,
Aus einer Welt, von der wir schlafend kamen?

Bist du das erste, leise Morgenwehen,
Aus einer Welt, in die wir kämpfend gehen,
Und noch bisher nichts fanden als den Namen?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250113-11/fragment/page=0008